

„Gesellschaft und Klima im Wandel – Junge Menschen zwischen Klimakrise und äußerst rechter Einflussnahme“

Zentrale Befunde und Handlungsempfehlungen



Impressum

Herausgeberin

Hochschule Magdeburg-Stendal
Breitscheidstraße 2
39114 Magdeburg

Text und Redaktion

Marleen Hascher, M.A.
Ann-Katrin Kastberg, M.A.
Benjamin Kerst, M.A.
Alina Mönig, M.A.
Edmund Osterberger B.A.
Prof. Dr. Matthias Quent
Prof. Dr. Fabian Virchow

Mitarbeit

Fynn Leitzke
Dora Stanić, M.Sc.

Satz und Layout

Satzweiss.com Print Web Software GmbH

V.i.S.d.P.

Prof. Dr. Matthias Quent

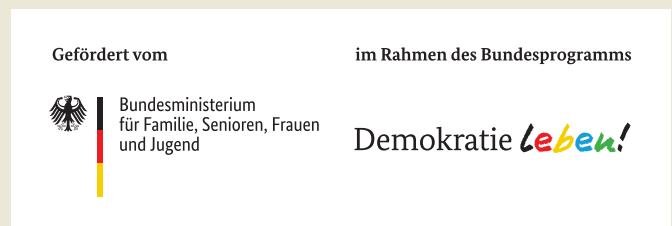
Bildnachweis

Titelbild: Geralt - Pixabay
S. 8: Animaflora PicsStock - stock.adobe.com
S. 9: ASonne30 - stock.adobe.com
S. 10: whiterockcompany - stock.adobe.com

Zitationsvorschlag

Hascher, Marleen/Kastberg, Ann-Katrin/Kerst, Benjamin/Mönig, Alina/Osterberger, Edmund/Quent, Matthias/Virchow, Fabian (2024). *Gesellschaft und Klima im Wandel – Junge Menschen zwischen Klimakrise und äußerst rechter Einflussnahme. Zentrale Befunde und Handlungsempfehlungen*. Unter Mitarbeit von Leitzke, Fynn; Stanić, Dora (Hochschule Magdeburg-Stendal, Hrsg.).

Förderhinweis



Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Erschienen

Oktober 2024

Inhaltsverzeichnis

1. Die RIOET-Forschung – Jugend im Spannungsfeld von Klimawandel und rechter Einflussnahme	4
Datengrundlage und Methodik	5
Qualitative Forschung	5
Quantitative Forschung	6
2. Wind, Kohle, Wald – Ökologische Transformation vor Ort	8
2.1 Waldsterben – Harz	8
2.2 Geplanter Bau von Windkraftanlagen – Reinhardswald	9
2.3 Geplanter Braunkohleausstieg – Zeitz-Weißenfels	9
2.4 Geplanter Braunkohleausstieg – Rheinisches Kohlrevier/Garzweiler II	10
3. Klimawandel und die äußerste Rechte – Akteur*innen, Narrative und Strategien	11
3.1 Parteipolitische Akteur*innen	11
3.2 Anti-Windkraft Proteste	12
3.3 Sprachrohre in Klimadiskursen	12
3.4 Akteur*innen im Bereich Natur und Ökologie	12
4. Klimageneration oder Rechtsruck in der Jugend? Ergebnisse aus der qualitativen und quantitativen Forschung	13
4.1 Zwischen Desinteresse und Aktivismus – Einstellungen zum Klimawandel und regionalen Transformationsprozessen	13
4.2 Gefühle zum Klimawandel	16
4.3 Wirtschaft, Politik oder ich? Verantwortlichkeiten zum Klimawandel	19
4.4 Handeln und Wirkmächtigkeit	22
4.5 Politische Selbstverordnung und Parteiensympathie	25
4.6 Nutzung und Kritik von Medien und Sozialen Netzwerken	28
4.7 Äußerst rechte Einstellungen (zum Klimawandel) bei jungen Menschen	30
5. Was tun? Handlungsempfehlungen	36
Literaturverzeichnis	37
Quellenverzeichnis	39
Projektteam	42

1. Die RIOET-Forschung – Jugend im Spannungsfeld von Klimawandel und rechter Einflussnahme

Nach den weltweiten Protesten für Klimaschutz, die sich durch die Bewegung „Fridays for Future“ seit 2018 formierten, schien es so, als ob die Jugend den gesellschaftlichen Kurs in Richtung ökologischer Transformation setzen würde. Sechs Jahre später: Eine Pandemie hat die Gesellschaft in Atem gehalten, die letzte Bundestagswahl die politischen Mehrheitsverhältnisse verändert und auch frühere Klimaaktivist*innen in die Regierung gebracht. Die Ausweitung des russischen Angriffskriegs führte zu einer schnell bewältigten Energiekrise und Inflation, Netzwerke der äußersten Rechten haben ihre Strukturen weiter ausgebaut und das Klimathema aufgenommen. Die Alternative für Deutschland (AfD) hat in Umfragen ihre Zustimmungswerte zwischenzeitlich verdoppelt und erreicht auch unter jungen Wähler*innen beachtlichen Zuspruch. Mitten in der Transformation sind nicht nur viele Maßnahmen und Entscheidungen umstritten, sondern auch der Bestand der liberalen Demokratie ist nicht mehr garantiert. **Antiliberaler und antidemokratischer Kräfte hoffen, aus Verunsicherungen und Veränderungen politisches Kapital schlagen zu können.** Dabei treffen sie vor Ort auf unterschiedliche Bedingungen und Dynamiken. Folgt der ökologischen Fortschrittsbewegung in der Jugend nun ein anti-ökologischer Rückschlag? Was bedeutet die große sozio-ökologische Transformation für Heranwachsende? Wie gehen junge Menschen in Transformationsregionen in Ost- und Westdeutschland mit den Veränderungen um? Welche Rolle spielt für sie der Klimawandel? Unter welchen Umständen gelingt es der äußersten Rechten mit welchen narrativen Angeboten, Veränderungen und Ängsten für ihre Zwecke zu adressieren und zu nutzen? Wie entsteht demokratische Resilienz bei jungen Menschen? Welche Rolle spielen dabei die sozialen Medien?

Um solche Fragen zu beantworten, erkundete das Forschungsprojekt „Rechtsextremismus in ökologischen Transformationsräumen: Diskursangebote, Resonanzwege und demokratische Alternativen“ (RIOET) die komplexen Interaktionen zwischen Klimawandel, regionalen Transformationsprozessen und der politischen Haltung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Hinblick auf demokratische sowie antidemokratische Orientierungen. Unter besonderer Berücksichtigung der Rolle äußerst rechter Akteur*innen und Ideologien, zielte dieses interdisziplinäre und multiperspektivische Projekt darauf ab, verständlich zu machen, wie äußerst rechte Gruppierungen ökologische Krisenszenarien und Transformationsdynamiken instrumentalisieren und vereinnahmen. Hierdurch werden Einblicke in die Mög-

lichkeiten der Rechtsextremismusprävention und der Förderung demokratischer Resilienz in Zeiten sozialökologischen Wandels geliefert. Das Projekt ist eine Kooperation zwischen dem Institut für demokratische Kultur an der Hochschule Magdeburg-Stendal und dem Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus an der Hochschule Düsseldorf. Im Zuge der Untersuchung standen Regionen in Ost- und Westdeutschland im Fokus, die exemplarisch für die Herausforderungen und Spannungsfelder stehen, welche die sozial-ökologischen Veränderungsprozesse charakterisieren. Windenergie, Waldsterben und das Ende der Kohleverstromung kennzeichnen die Transformationsprozesse in den ausgewählten Untersuchungsregionen. In einem multimethodischen Vorgehen wurden umfassende Befragungen Heranwachsender durchgeführt, um vertiefte Einsichten in die individuellen und kollektiven Wahrnehmungen der ökologischen und sozialen Transformationen sowie deren mögliche Verknüpfung mit Ideologien der äußersten Rechten zu gewinnen.¹

Begriffliches: Rechtsextremismus und äußerste Rechte

Der Begriff Rechtsextremismus wird – wie ähnliche Begrifflichkeiten – sowohl in wissenschaftlichen als auch in öffentlichen Diskussionen uneinheitlich genutzt; es existiert eine Vielzahl von Definitionen, Konzepten und sich teils überschneidenden Deutungsbereichen, beispielsweise zu den Begriffen Rechtspopulismus und Rechtsradikalismus. In dieser Studie wird Rechtsextremismus als Sammelkategorie für diverse Phänomene auf den Ebenen von Einstellungen, Verhaltensweisen sowie von Ideologien, Narrativen und Organisationen der antiliberalen, populistischen, radikalen und extremen Rechten verwendet, die mit den demokratischen Prinzipien der Menschenwürde und/oder des Pluralismus und des Minderheitenschutzes konfliktieren. Innerhalb dieses Spektrums variiert die Intensität der Demokratiegefährdung; gemeinsamer Nenner sind Ungleichwertigkeitsideologien. Diesen Mindestkriterien folgend, fassen wir in Anschluss an die internationale politikwissenschaftliche Debatte mit den Begriffen „rechts außen“ bzw. „äußerste Rechte“ radikale, populistische und extremistische Akteur*innen der Rechten zusammen (vgl. Bjørgo & Ravndal, 2019).

¹ In dieser Broschüre zitieren wir Aussagen von Akteur*innen der äußersten Rechten und zeigen Abbildungen (z. B. Sticker, Poster), die von diesen Akteur*innen verwendet werden. Dieses Vorgehen bringt die Gefahr mit sich, äußerst rechte Inhalte zu reproduzieren und Betroffene (erneut) mit äußerst rechten Ideologien zu konfrontieren. Warum wurde sich dennoch dafür entschieden? Als Bildungsmaterial für die Präventions- und Interventionsarbeit soll diese Broschüre über Narrative und Strategien äußerst rechter Akteur*innen informieren. Die zitierten Aussagen und die abgebildeten visuellen Impulse dienen dem Zweck, über die (Bild-)Sprache äußerst rechter Akteur*innen aufzuklären. So sollen pro-demokratisch Engagierte sensibilisiert und informiert werden.

Datengrundlage und Methodik

Um möglichst vertiefte Einsichten in die individuellen und kollektiven Wahrnehmungen der ökologischen und sozialen Transformationen sowie deren mögliche Verknüpfung mit Ideologien der äußersten Rechten zu gewinnen, war das Forschungsprojekt RIOET multimethodisch aufgebaut: Dieses Vorgehen beinhaltete neben **Dokumenten- und Quellenanalysen auch Expert*inneninterviews, narrative-biografische Interviews, Gruppeninterviews, Feldbegehungen sowie eine große quantitative Onlinebefragung Heranwachsender**. Diese methodische Herangehensweise ermöglichte es, Einflüsse der politischen Sozialisation sowie das Spektrum der Reaktionen junger Menschen auf die Instrumentalisierung ökologischer Themen durch die äußerste Rechte zu erforschen und Beobachtungen aus den qualitativen Tiefenuntersuchungen in einer quantitativen Breitenstudie zu überprüfen. Im Folgenden wird das Vorgehen kurz erläutert.

Qualitative Forschung

Der Fokus der qualitativen Untersuchung lag auf jeweils zwei Regionen in Ost- und Westdeutschland, die von klimawandelbedingten sozialökologischen Transformationsprozessen und damit einhergehenden Konflikten betroffen sind. Folgende Regionen wurden mit Hinblick auf den konkreten Transformationsprozess untersucht.

In den Regionen wurden insgesamt 9 Fokusgruppeninterviews mit 60 Teilnehmenden und 12 narrative Einzelinterviews geführt. Die Teilnehmenden waren zum Interviewzeitpunkt zwischen 16 und 27 Jahren alt.

Die narrativen Interviews zielten darauf, die individuellen Perspektiven und biografischen Erfahrungen der Befragten in Bezug auf den Klimawandel, die Klimawandelpolitik und die lokalen sozialökologischen Transformationsprozesse und -konflikte zu erfassen. Im Besonderen wurde mit dieser Methode untersucht, aufgrund welcher Entwicklungspfade sich junge Menschen in den jeweiligen sozialökologischen Transformationsregionen für Klimaschutz engagieren, welche klimapolitischen Einstellungen dabei leitend sind und mit welchen Herausforderungen sie sich dabei konfrontiert sehen.

Die Gruppeninterviews sollten Aufschluss darüber geben, wie Narrative, die als äußerst rechts beziehungsweise verschwörungsideologisch eingestuft werden können oder von entsprechenden Akteur*innen stammen, unter jungen Menschen diskutiert werden. Auf welche Resonanz stoßen derartige Angebote, was begünstigt die Ablehnung, was die Zustimmung?

Um relevante Narrative zu identifizieren, wurde eine Analyse äußerst rechter und verschwörungsideologischer Primärquellen (Publikationen, Landtagsanfragen, Web-Sites, Social-Media Auftritte, Telegramkanäle) zur Klima- und zur lokalen Transformationsthematik durchgeführt sowie Erkenntnisse integriert, die durch Expert*inneninterviews gewonnen wurden. Eine Auswahl daraus wurde neben weiteren Impulsen zum Klimawandel und den untersuchten Transformationsprozessen den Teilnehmenden der Fokusgruppeninterviews zu Diskussion vorgelegt. Siehe Tabelle 2.

Außerdem wurden 31 leitfadengestützte Interviews mit Expert*innen zu den Themen äußerste Rechte und Jugendarbeit in Deutschland allgemein und in den betrachteten lokalen Transformationsräumen durchgeführt. Zusätzlich fanden teilnehmende Beobachtungen und Feldbegehungen in den Untersuchungsregionen statt.

Begriffliches: Verschwörungsideologie

Als ‚Verschwörungsideologie‘ gelten Vorstellungen, denen zufolge ein bestimmtes Ereignis, ein bestimmter Zustand oder eine bestimmte politische Entscheidung das Werk einer geheimen, mächtigen und ‚böse‘ Absichten verfolgenden Gruppe von Menschen ist. Verschwörungsideologische Menschen sehen sich selbst als Teil einer kleinen Anzahl von Personen, die die jeweilige ‚Verschwörung‘ durchschaut haben. Diese Sichtweise stellt eine geschlossene Weltdeutung dar, die anderslautenden Fakten und Gegenargumenten nicht mehr zugänglich ist (vgl. Hausmanninger, 2013).

Tabelle 1: Untersuchte lokale Transformationsprozesse

Region	Transformationsprozess
Harz (Sachsen-Anhalt)	Waldsterben
Zeitz-Weißenfelser Kohlerevier (Sachsen-Anhalt)	(vorgezogener/geplanter) Ausstieg aus der Braunkohleverstromung
Rheinisches Kohlerevier/Garzweiler II (Nordrhein-Westfalen)	(vorgezogener/geplanter) Ausstieg aus der Braunkohleverstromung
Reinhardswald (Hessen)	Geplanter Bau von Windkraftanlagen

Tabelle 2: Äußerst rechte Impulse für die Fokusgruppeninterviews

Narrativ	Vorgelegter Impuls
Klimawandel als Inszenierung/Lüge	„Fridays are Lie Days – Klimalüge entlarven“ (Z-Versand, o.J.)
Klimaschutz als Wettbewerbsnachteil	„Was Deutschland in den 18 Jahren mit dem Kohleausstieg an CO2 spart, stößt China in nur 18 Tagen aus! Der Preis dafür ist hoch: Offizielle Regierungsdokumente rechnen mit bis zu 250.000 gefährdeten Jobs – allein in NRW!“ (AfD-Fraktion Nordrhein-Westfalen, 2021)
Klimaschutz als Ideologie/ Ersatzreligion	„Schnee im März: Blamage für Klimaideologen“ (Pfählinger, 2023)
Klimaschutz als Radikalisierungsfaktor	„Habeck über Klima-Kleber: ‚Bewundere die jungen Leute für ihre Courage.‘ Darunter die Headline: ‚Für Habeck ‚Mutige Jugendliche‘. Für uns Extremisten“ (AfD, 2023b).
Lokaler Umweltschutz gegen Klimaschutz	„Umwelt & Heimat schützen! – Eine intakte Natur ist die Grundlage unseres Volkes! Mach mit!“ (Der III. Weg, 2019)
Bedrohung der Freiheit durch Klimaschutz	„Nicht das Klima ist bedroht, sondern unsere Freiheit!“ (EIKE o.J.)
Ökofaschistische Argumentation	„Wer [...] die Frage nach dem ökologischen Fußabdruck stellt, den das Bevölkerungswachstum in Entwicklungs- und Schwellenländern hinterlässt, vor allem in Afrika, der macht sich schnell des ‚Rassismus‘ verdächtig“ (Schreiber, 2019).
Klimaschutz als Bedrohung des Wohlstands	„Der Kohleausstieg funktioniert, die Bürger haben keine Kohle mehr“ (AfD-Fraktion Nordrhein-Westfalen, 2022)



Klimawandelskeptischer Sticker des rechtsextremen Versandhandels *Recht und Wahrheit* (Recht und Wahrheit, 2019).

Quantitative Forschung

Im Anschluss an die qualitativen Erhebungen fand von Februar bis März 2024 eine quantitative Onlinebefragung unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen statt. Die Befragung wurde durch das „infas - Institut für angewandte Sozialwissenschaft“ als Online Access Panel durchgeführt und im Anschluss durch das RIOET Forschungsteam mit Hilfe der Software für die statistische Datenanalyse SPSS ausgewertet.

Ziel der quantitativen Befragung war es, die Beobachtungen aus der qualitativen Tiefenuntersuchung in einem größeren Rahmen zu prüfen. Unter anderem geht es dabei um die Forschungsfrage: Wie zustimmungsfähig sind klimabezogene Narrative der äußersten Rechten bzw. verschwörungsideologische Aussagen bei jungen Erwachsenen? So war es möglich zu untersuchen, ob und wie klimabezogene Orientierungen bei jungen Menschen mit äußerst rechten Einstellungen zusammenhängen.

Dazu wurde ein Fragebogen konzipiert, der Impulse aus der Fachliteratur, aus den qualitativen Erhebungen im Rahmen des Projekts, Workshops mit Expert*innen sowie aus der Beratung mit dem Forschungsinstitut infas mit einbezogen hat. Die Teilnehmenden wurden unter anderem zu ihren klimabezogenen und politischen Einstellungen befragt sowie zu ihrer social Media Nutzung und ihrer Soziografie.

Stichprobenbeschreibung

Tabelle 3 gibt einen Überblick über die soziografische Zusammensetzung der gewichteten Stichprobe² der durchgeführten Onlinebefragung. **Insgesamt beantworteten 2.099 Personen Jugendliche und junge Erwachsene die Befragung.** In dieser Tabelle lässt sich die Zusammensetzung der Befragten anhand der Kategorien des Alters, des (angestrebten) Schulabschlusses, der subjektiven Schichtzugehörigkeit, der Größe des Wohnorts und der Zuwanderungsgeschichte ablesen.

Außerdem wurde erfragt, in welchem Bundesland die Befragten zum Zeitpunkt der Studie lebten. Aufgrund des beabsichtigt hohen Anteils von Befragten aus den ostdeutschen Bundesländern wurde bei der Unterscheidung zwischen den Angaben west- und ostdeutscher Jugendlicher und junger Erwachsener im Folgenden auf den ungewichteten Datensatz zurückgegriffen (Tabelle 4), um ein genaueres Bild der jungen ostdeutschen Bevölkerung zeichnen zu können. Demnach lebten 47,6 % der Befragten in den westdeutschen Bundesländern, 39,7 % in Ostdeutschland und 12 % in Berlin. Der Stadtstaat wird hier aufgrund der strukturellen Besonderheit als Großstadt, die historisch teils zur DDR und teils zur BRD zählte, in dieser Studie als eigene Kategorie ausgewiesen.

Repräsentativität im engeren Sinne lag dabei für die Gruppen Ost- und Westdeutschland nicht vor und ist im Rahmen des hypothesenprüfenden Verfahrens auch nicht beabsichtigt.

² Mit dem Bundesland als Kalibrierungsfaktor wurde in der Stichprobe die hohe Fallzahl ostdeutscher und Berliner Befragter ausgeglichen. Zusätzlich wurden bei der Gewichtung weitere Faktoren berücksichtigt, um die Stichprobe noch genauer an die reale Bevölkerung anzupassen. Diese Faktoren umfassen die Kombination von Geschlecht und Altersgruppen, die Größe der Gemeinde (BIK-Gemeindegrößenklasse), den höchsten erreichten Schulabschluss, die Staatsangehörigkeit und die Haushaltsgröße. Das Gewicht ist demnach ein Gesamtgewicht für die 16-27-Jährigen in Deutschland.

Tabelle 3: Soziografische Zusammensetzung der gewichteten Stichprobe der Onlinebefragung (N=2099)

		Absolute Häufigkeit	Prozent
Geschlecht	Männlich	1087	51,8
	Weiblich	985	46,9
	Divers	23	1,1
	keine Angabe	4	0,2
Alter	16-21	965	46
	22-27	1134	54
(Angestrebter) Schulabschluss	noch Schüler*in	367	17,5
	Ohne Abschluss von der Schule gegangen	63	3
	Hauptschulabschluss oder gleichwertigen Schulabschluss	256	12,2
	Mittlere Reife/Realschulabschluss oder gleichwertigen Abschluss	467	22,2
	(Fach)-Abitur, allgemeine Hochschulreife oder gleichwertigen Abschluss	896	42,7
	keine Angabe	49	2,3
Subjektive Schichtzugehörigkeit	Oben	650	31
	Mitte	810	38,6
	Unten	471	22,4
	keine Angabe	75	3,6
	weiß nicht	92	4,4
Größe Wohnort	(Land-) Gemeinden mit unter 5.000 Einwohner*innen	509	24,2
	Kleinstadt mit 5.000- unter 20.000 Einwohner*innen	398	18,9
	Mittelstadt mit 20.000 bis unter 100.000 Einwohner*innen	517	24,7
	Großstadt ab 100.000 Einwohner*innen	516	24,6
	keine Angabe	60	2,8
	weiß nicht	99	4,8
Zuwanderungs- geschichte gesamt	niemand ist zugewandert	1104	52,6
	ich selbst bin zugewandert	152	7,2
	Teile meiner Familie sind zugewandert	677	32,2
	ich selbst und Teile meiner Familie sind zugewandert	69	3,3
	keine Angabe	59	2,8
	weiß nicht	39	1,9

Tabelle 4: Verteilung des Wohnorts nach Bundesländern (Berlin, Ost- und Westdeutschland) im nicht gewichteten Datensatz (N=2099)

Wohnort	Absolute Häufigkeit	Prozent
Westdeutschland	999	47,6
Ostdeutschland	834	39,7
Berlin	252	12,0
keine Angabe	14	0,7

2. Wind, Kohle, Wald – Ökologische Transformation vor Ort

Ökologische Transformationsprozesse, die im Zuge des Klimawandels entstanden, zeigen sich ganz konkret in lokalen Kontexten und werden vor Ort mehr oder weniger stark diskutiert. Oft gehen sie mit gesellschaftspolitischen Konflikten einher, die auch von äußerst rechten Akteur*innen aufgegriffen werden. **Um genauer zu verstehen, wie ökologische Transformationsprozesse von jungen Menschen vor Ort wahrgenommen werden und wie äußerst rechte Akteur*innen sich in diesem Kontext strategisch positionieren, lag der Fokus im RIOET-Projekt auf vier konkreten Regionen in Ost- und Westdeutschland, in denen diese Entwicklung zu beobachten ist.**

In den folgenden Abschnitten werden die Transformationsprozesse kurz beschrieben. Ausführlichere Beschreibungen dieser Prozesse lassen sich in den bereits im April erschienenen Situationsanalysen des Projekts RIOET finden:

Situationsanalyse Hessen und NRW



Situationsanalyse Sachsen-Anhalt



2.1 Waldsterben – Harz

Im Landkreis Harz des Bundeslandes Sachsen-Anhalt befindet sich anteilig der Nationalpark Harz. Er gilt als ein bedeutendes Biotop für zahlreiche Tier- und Pflanzenarten (Nationalparkverwaltung Harz, 2024). Seit einigen Jahren ist der Harzer Wald durch ein massives Waldsterben bedroht: **Vier von fünf Bäumen des Nationalparks sind vollständig abgestorben oder stark beschädigt** (Pomer, 2023). Grund dafür sind der sich rasant ausbreitende Borkenkäfer und vermehrt auftretende Hitzesommer und Stürme (NABU – Naturschutzbund Deutschland e.V., 2014). Die Problematik des Waldsterbens im Harz wird von zahlreichen Konflikten begleitet. So entwickelte sich um den Umgang mit Totholz innerhalb des Waldes ein Rechtsstreit zwischen der Leitung des Nationalparks Harz und dem Naturschutzbund Sachsen-Anhalt (NABU) auf der einen Seite und Sachsen-Anhalts Forstminister Sven Schulze (CDU) auf der anderen Seite (Harzer Kurier, 2022). Dabei sprachen sich die Nationalparkleitung und der NABU gegen die Entnahme von Totholz aus, um die Biodiversität innerhalb des Waldes zu erhalten, während der Forstminister für die Totholzräumung aufgrund von erhöhter Brandgefahr plädierte. Der Rechtsstreit konnte im September 2022 allerdings durch die Wernigeröder Erklärung zur Waldbrandprävention im Nationalpark Harz beigelegt werden, in der vereinbart wurde, dass zum Schutz von Orten abgestorbene Bäume beseitigt werden können und Brandschneisen für Feuerwehrfahrzeuge geschaffen werden (ebd.). Auch die Frage, ob die Kalamitätsflächen des Waldes als Standorte für Windkraftanlagen auszuweisen wären, sorgt in der Harzregion für Konflikte zwischen Naturschützer*innen und Sachsen-Anhalts Forstminister Sven Schulze (Koch, 2024).

Waldsterben im Harz





Sababurg im Reinhardswald

2.2 Geplanter Bau von Windkraftanlagen – Reinhardswald

Der über 1000 Jahre alte Reinhardswald, der auch als „Grimms Märchenwald“ oder „Märchenwald“ bekannt ist (Naturpark Reinhardswald, o.J.), befindet sich im Norden des Landkreises Kassel in Nordhessen. Der Wald selbst befindet sich im gemeindefreien Gutsbezirk Reinhardswald (Landkreis Kassel, o.J.) und bildet mit einer Fläche von 20.000 Hektar das größte geschlossene Waldgebiet Hessens (Naturpark Reinhardswald, o.J.). Auf einem Höhenzug des Reinhardswalds ist der Bau von 20 Windkraftanlagen (WKA) geplant („Windpark Reinhardswald“); dieser soll von der Windpark Reinhardswald GmbH & Co. KG realisiert werden und seine Planung wurde bereits in den Jahren 2012 und 2013 kritisch diskutiert (eg & Thiele, 2012; Pinto, 2013).

Trotz Angaben des Regierungspräsidiums Kassel, dass für die geplanten WKAs lediglich 0,07 Prozent der Fläche des Reinhardswalds benötigt werden und dass ein Großteil dieser Flächen aufgrund von klimatischen Veränderungen und Borkenkäferbefall ohnehin baumfrei sei (Regierungspräsidium Kassel, 2022a, S. 4), **formierten sich nach der Genehmigung des entsprechenden Antrags auf Errichtung und Inbetriebnahme der 18 WKA im Jahr 2022 durch das Regierungspräsidium Kassel (Regierungspräsidium Kassel, 2022b) zahlreiche Protestbündnisse. Klagen wurden von verschiedenen Akteur*innen, darun-**

ter Umweltverbänden erhoben, die von Bürger*inneninitiativen unterstützt wurden, sowie von zwei umliegenden Gemeinden (Henke, 2023; Müller, 2021; Neu & Thiele, 2022).

2.3 Geplanter Braunkohleausstieg – Zeitz-Weißenfels

Die Mittelstadt Zeitz liegt im Mitteldeutschen Revier, das sich über den südlichen Teil Sachsen-Anhalts und den nördlichen Teil Sachsens erstreckt. Wirtschaftlich ist die Region stark industriell geprägt (Burgenlandkreis, 2024). In dieser Stadt hat die Mitteldeutsche Braunkohlengesellschaft mbH (MIBRAG), die größte regionale Bergbaugesellschaft des Mitteldeutschen Reviers, ihren Sitz. Sie stellt einen zentralen Arbeitgeber für die Zeitzer Bevölkerung dar (MIBRAG, 2024). Das „Gesetz zur Reduzierung und zur Beendigung der Kohleverstromung und zur Änderung weiterer Gesetze“ (Kohleausstiegsgesetz), das 2020 im Deutschen Bundestag als Reaktion auf die Bedrohung des globalen Klimawandels angenommen wurde (Hausding, 2020), sorgt daher in der Braunkohleregion Zeitz-Weißenfels für konfliktreiche Diskussionen: **Ängste um Arbeitsplatzverluste durch die bevorstehende Schließung des Reviers und ein damit verbundener befürchteter Rückgang der Bevölkerungszahlen durch Abwanderung beschäftigen politische Akteur*innen und die Bevölkerung.**

2.4 Geplanter Braunkohleausstieg – Rheinisches Kohlerevier/Garzweiler II

Das Rheinische Revier liegt in der Niederrheinischen Bucht im Städtedreieck Aachen, Mönchengladbach und Bonn (Lanuv NRW, o.J.) und dient seit dem 19. Jahrhundert der industriellen Kohlegewinnung (DEBRIV, o.J.). Als größtes Braunkohlerevier Europas umfasst es die Tagebaue Inden I/II, Garzweiler I/II und Hambach und beherbergt auf 4.800 qkm etwa 2,5 Millionen Menschen in 65 Städten und Gemeinden (Lanuv NRW, o.J.; Strukturwandel Rheinisches Revier). Aufgrund ihrer Prägung durch die Braunkohleförderung ist die Region auch von verschiedenen Problemlagen und Konflikten wie Umweltbelastungen, Bergbauschäden, Eingriffe in die Natur und Umsiedlungen von Dörfern betroffen (Goerke, Kamlage & Pauß, 2023, S. 3). „In den letzten Jahren war das Revier auch Schauplatz bundesweiter Proteste der Klimabewegung [z. B. Hambacher Wald 2018 und Lützerath 2022/23]“ (Ibid. S. 3). Damit einhergehend spielt das Thema der Arbeitsplatzsicherheit in der Braunkohleindustrie in der Region eine wichtige Rolle. Nach Zahlen der Statistik für Kohlewirtschaft (2024) waren im Jahr 2022 7.676 Personen im Rheinland in der Braunkohleindustrie beschäftigt, wohingegen es im Jahr 2019 noch 9.785 und im Jahr 2010 noch 11.606 Beschäftigte waren (Statistik der Kohlewirtschaft e.V., 2024). Allerdings habe seit den 2000er Jahren der Verlust von Braunkohlearbeitsplätze nur einen geringen Effekt auf die Arbeitslosenquote im Revier gehabt (MDR, o.J.).

Ähnlich wie in der Region Zeitz-Weißfels wirkte sich der bundesweite Ausstieg aus der Braunkohleverstromung und insbesondere der vorgezogene Braunkohleausstieg im Rheinischen Revier bereits zum Jahr 2030 konfliktbehaftet auf die Region rund um den betroffenen Tagebau Garzweiler II aus (Deutscher Bundestag, 2022; Wirtschaftsministerium NRW, o.J.): **Seine Abaufelder sollen erheblich verkleinert werden, was dazu führte, dass entgegen den ursprünglichen Plänen der Großteil der Ortschaften in der Nähe des Tagebaus, die zu Erkelenz gehören, nicht umgesiedelt und für die Kohlegewinnung abgebagert werden sollte (Wirtschaftsministerium NRW, o.J.). Ausgenommen von dieser Erhaltung von Ortschaften war allerdings die Ortschaft Lützerath**, deren Abriss aus Sicht der Landesregierung Nordrhein-Westfalen zur Braunkohlegewinnung und damit zur Wahrung der Energieversorgungssicherheit notwendig blieb (RND, 2023; Wirtschaftsministerium NRW, o.J.).

Dies führte zu einem umfangreichen Protestgeschehen um die sich schon seit 2006 in Umsiedlung befindende und seit 2020 von Klimaaktivist*innen besetzte Ortschaft Lützerath (Pasvantis, 2020; RND, 2023).

Neben den vielzähligen Anti-Kohle-Aktionen und -Protesten gab es im rheinischen Kohlerevier in den letzten Jahren auch mehrere Pro-Kohle Aktionen und Proteste. Diese thematisierten vor allem mögliche Arbeitsplatzverluste durch einen vorgezogenen Ausstieg aus der Braunkohlegewinnung und -verstromung.

Kohlebagger im Tagebau Garzweiler



3. Klimawandel und die äußerste Rechte – Akteur*innen, Narrative und Strategien

Sowohl in den ostdeutschen als auch in den westdeutschen Untersuchungsregionen war ein breites Spektrum äußerst rechter und verschwörungsideologischer Akteur*innen sichtbar. Aus diesem Spektrum heraus konnten auch verschiedene kommunikative oder handlungsmäßige Bezugnahmen auf die untersuchten Transformationsprozesse bzw. die damit einhergehenden Konflikte identifiziert werden.

3.1 Parteipolitische Akteur*innen

Als ressourcenstarke parteipolitische Akteurin wurde dabei vor allem die AfD sichtbar. Während diese in den Forschungsregionen in Nordrhein-Westfalen und Hessen hinsichtlich politischer Kräfteverhältnisse kommunalpolitisch derzeit keine nennenswerte Rolle spielt, kann sie insbesondere in der Region Zeitz-Weißenfels beträchtlichen politischen Einfluss verzeichnen. So vertritt die AfD den Landkreis, in dem sich die Region Zeitz-Weißenfels befindet, direkt im Landtag von Sachsen-Anhalt und konnte auch im Landkreis Harz bei den letzten Landtagswahlen zweitstärkste politische Kraft werden.

Unabhängig von ihrer politischen kommunalen und regionalen Stärke, positionierte sich die AfD in allen Forschungsregionen sowohl auf der Handlungs- als auch der Kommunikationsebene zu den lokalen Transformationsprozessen und Transformationskonflikten. So bezog sich die AfD in den Kohleregionen Zeitz-Weißenfels und dem Rheinischen Revier auf den (vorgezogenen) Ausstieg aus der Braunkohleverstromung. Insgesamt lehnt die Partei als einzige Partei im Deutschen Bundestag den Ausstieg aus der Braunkohleverstromung vollständig ab (AfD Bundestagsfraktion, 2023b) und stellt diesen, sowie den Ausbau erneuerbarer Energien im Allgemeinen (AfD, 2021, S. 205; AfD Bundestagsfraktion, 2023a), als ideologiegeprägtes und unnötiges Vorhaben seitens der Bundesregierung dar (Facebookseite der AfD-Fraktion Sachsen-Anhalt, 2023; AfD-Landesverband Nordrhein-Westfalen, 2022, S. 73). In den Untersuchungsregionen kritisierte die nordrhein-westfälische Landes-AfD (mögliche) Arbeitsplatzverluste im Rheinischen Kohlerevier und trat im Rahmen eines Pro-Kohle-Protests in Erscheinung (AfD-Landesverband Nordrhein-Westfalen, 2018; AfD-Fraktion Nordrhein-Westfalen, 2019), während sie bezüglich der Transformation in der ostdeutschen Kohleregion argumentative Parallelen zur Nachwendetransformation und deren sozialökonomischen Verwerfungen zog.

In den Forschungsregionen Reinhardswald und Harz agierte die AfD im Spannungsfeld zwischen Klimaschutz und Umwelt-/Naturschutz. Die Partei positionierte sich im Rahmen lokal durchgeführter „Protestaktionen“ und einberufener „Waldkonferenzen“ (Friedhoff, 2023) gegen geplante Windkraftanlagen. In Übereinstimmung mit lokalen Anti-Windkraft-Bündnissen argumentierte sie mit Umwelt-, Natur- und Artenschutz gegen die

Anlagen oder behauptete, dass diese dem Bürger*innenwillen entgegenstehen würden (AfD Bundestagsfraktion, 2020a, 2020b; AfD-Fraktion Hessen, o.J., 2022a, 2022b). Sie hob den Wald als Teil der nationalen und regionalen Identität, Heimat und Tradition hervor und stellte eine explizite Verknüpfung von Ökologie, Umweltschutz und Heimatschutz her (AfD-Kompakt, 2022; Junge Alternative, 2022; Lueg, 2015; Friedhoff, 2023).

Zudem wurden von Seiten der AfD die Anti-Windkraft Proteste im Reinhardswald, aber auch Pro-Kohle-Aktionen im Rheinischen Revier, den Anti-Kohle Protesten in Lützerath gegenübergestellt: Während die beiden erstgenannten Proteste als authentische Proteste der bürgerlichen Mitte charakterisiert (Höcke, 2023) oder als legitime Proteste von Mitarbeitenden der Kohleindustrie dargestellt wurden (AfD-Landesverband Nordrhein-Westfalen, 2018), wurden die Proteste in Lützerath teilweise als terroristisch oder extremistisch bezeichnet (AfD, 2023a; AfD-Fraktion Nordrhein-Westfalen, 2023a, 2023b; Höcke, 2023).

Auch war von Seiten der AfD in starkem Maße eine Polemik gegen die Partei Bündnis90/Die Grünen zu verzeichnen: So wurde die grüne Unterstützung von Windkraftanlagen bzw. die grüne Energiewendepolitik im Allgemeinen kritisiert (Freilich Magazin, 2024), die Partei Bündnis 90/Die Grünen als „Windrad-Ideologen und keine Umweltschützer“ (AfD-Fraktion Hessen, 2018) oder als „Waldvernichtungspartei Nr. 1“ (Landtag von Sachsen-Anhalt, 2022, S. 81) bezeichnet. Bezüglich der Lützerath-Proteste unterstellte die dortige Landes-AfD, dass Bündnis 90/Die Grünen mit „Klimaterroristen Hand in Hand gegen unsere Polizei“ auftreten würden (AfD-Fraktion Nordrhein-Westfalen, 2023b).

Eine weitere Akteurin der parteipolitisch organisierten äußersten Rechten, die Bezüge zu den untersuchten lokalen Transformationsprozessen zeigte, war die neonazistische Kleinstpartei „Der III. Weg“. So rief diese in Onlinebeiträgen (Der III. Weg, 2022a, 2023) zur „Rettung“ des Reinhardswald auf (Der III. Weg, 2023) und behauptete fälschlicherweise, dass der ganze „Märchenwald [...]“ für das „Klima“ [...] abgeholzt“ würde (ebd.). Zudem wurde formuliert, dass die Partei für Natur- und Umweltschutz kämpfen würde und dieser eng mit dem Heimatschutz verbunden sei (ebd.). Dies zeigte sich am Reinhardswald als „Rückzugsort für deutsche



Öko-faschistisches Plakat der rechtsextremen Partei III. Weg (III. Weg, 2019).

Menschen“ (ebd.), der damit ebenso wie die mit ihm assoziierte Heimat in einer völkischen Lesart als exklusiver Ort des angestammten deutschen Volkes verstanden wurde.

3.2 Anti-Windkraft Proteste

Auch wenn die AfD mit ihrer Kritik am geplanten Windparkprojekt im Reinhardswald in diversen Punkten im Einklang mit lokalen Anti-Windpark Bürger*innen-Initiativen stand, **stieß sie bei diesen nicht auf positive Resonanz**. Vielmehr wurden von diesen Vereinnahmungsversuche durch die AfD beklagt und die Initiativen distanzieren sich „ausdrücklich von jeglicher Form von Extremismus, insbesondere von rechtem Gedankengut, von der AfD und Gruppierungen wie dem Reichsbürgertum“ sowie von falschen Behauptungen der AfD, dass der ganze Wald oder der „Urwald“ Reinhardswald abgeholzt werden würde (Holdinghausen, 2020; Rettet den Reinhardswald, o.J.). In der Forschungsregion Harz hingegen mobilisierten neben der AfD der äußerst rechte Verein „Schöne Harzer Heimat“ gegen geplante Windkraftanlagen im Nordharz (Schröder, 2023), der in Beziehung zum äußerst rechten völkischen Siedlungsprojekt und zentralem Akteur der Anastasia-Bewegung „Weda Elysia e. V.“ steht (Röpke, 2023).

3.3 Sprachrohre in Klimadiskursen

Im breiten Spektrum der Rechtsaußen-Medien gab es mehrere Bezugnahmen auf die untersuchten Transformationsprozesse, wobei oftmals in ähnlicher Weise wie die AfD argumentiert wurde (vgl. z.B. fw, 2023; Mai, 2023; st, 2023). Diesbezüglich ist auch hervorzuheben, dass es in diesen Medien eine ausgiebige Beschäftigung mit der Situation im Reinhardswald gab (vgl. z.B.

Sharepic der AfD-Fraktion Hessen gegen Klimaschutzmaßnahmen (AfD-Fraktion Hessen, 2021).



Douglas, 2023; Etscheid, 2022; Fröhlich, 2020; Junge Freiheit, 2023; Tichy Redaktion, 2019). Dies ist insofern bemerkenswert, weil es in Deutschland auch an vielen anderen Orten realisierte und geplante Windparkprojekte und dagegen gerichtete Anti-Windkraft-Initiativen gibt (Rechercheteam Europäische-Energiegewende-Community, 2021), ohne dass eine so große Aufmerksamkeit äußerst rechter Medien sichtbar wurde.

In fast allen Forschungsregionen wurden zudem Telegram-Gruppen identifiziert, in denen, teilweise neben weiteren Inhalten, äußerst rechte und verschwörungsideologische Inhalte verbreitet wurden. Die Posts hatten oftmals rechtspopulistischen Charakter („Schluss mit der Politik gegen das eigene Volk“), stellten Positionierungen gegen die Partei Bündnis 90/Die Grünen oder „grüne Politik“ dar („Grüner EU-Wahnsinn rollt auf uns zu“) oder beinhalteten Aufrufe zu und Bewerbung von Kundgebungen – wie zu sogenannten „Montagsdemos“ oder „Bauernprotesten“. In der Forschungsregion Reinhardswald wurde in diesen Gruppen auch auf den untersuchten Transformationsprozess bzw. das geplante Windkraftprojekt eingegangen und dabei auch klimawandelleugnende und verschwörungsideologische Narrative verbreitet.

3.4 Akteur*innen im Bereich Natur und Ökologie

Vor allem in den ostdeutschen Forschungsregionen zeigte sich ein Spektrum von äußerst rechten Akteur*innen, die sich in ihrem Agieren zwar nicht konkret auf die untersuchten Transformationsprozesse bezogen, sich allerdings auf die regionale Natur bezogen oder Bezüge zum Themenbereich ‚Ökologie‘ hatten. So veranstaltete die Partei Der III. Weg Familienwanderungen im Harzer Wald (Der III. Weg, 2022b). **Ebenso war in den ostdeutschen Forschungsregionen innerhalb der letzten Jahre ein vermehrter Zuzug von völkischen Siedler*innen der Anastasia-Bewegung zu beobachten, die sich naturverbunden und ökologisch lebend präsentieren, jedoch antisemitische, reaktionäre und verschwörungserzählerische Ideologien vertreten und verbreiten.** In der Harzregion ist dabei vor allem der schon genannte Verein „Weda Elysia“ aktiv, von dem bereits ein Mitglied ein kommunalpolitisches Amt erlangen konnte (Stadt Blankenburg, 2023), während sich in der Ortschaft Bornitz bei Zeitz völkische Siedler*innen niederließen, die dem mittlerweile verbotenen rechtsextremen Verein „Artgemeinschaft“ angehörten (Mitteldeutsche Zeitung, 2023).

4. Klimageneration oder Rechtsruck in der Jugend? Ergebnisse aus der qualitativen und quantitativen Forschung

In diesem Kapitel werden die Ergebnisse der qualitativen und quantitativen Datenerhebungen aufgezeigt und gegenübergestellt.

4.1 Zwischen Desinteresse und Aktivismus – Einstellungen zum Klimawandel und regionalen Transformationsprozessen

Klimawandel

In den narrativen Interviews und auch in den Gruppeninterviews wurden die jungen Menschen nach ihren Ansichten zum Klimawandel und zu dem jeweiligen lokalen Transformationsprozess (s. Kapitel 2) gefragt.

Sowohl das Interesse am Klimawandel als auch die Einschätzungen der Klimawandelfolgen variierten unter den Befragten: Teilweise wurde der Klimawandel als „ziemlich wichtiges“ und „ernstes“ Thema und großes Problem bewertet, teilweise stieß das Thema aber auch auf Desinteresse. Teilnehmende eines Gruppeninterviews gaben beispielsweise an, sich in ihrer Freizeit nicht mit dem Thema zu befassen und wenn, dann „nur ungewollt“. In einem Gruppeninterview wurde das Thema Klimawandel auch als „nervig“ beschrieben und spielte im persönlichen Umfeld keine

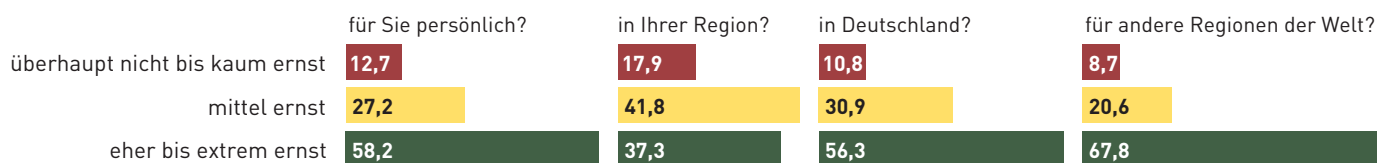
große Rolle. Befragte der narrativ-biografischen Interviews, die sich klimapolitisch engagieren, äußerten ein erwartbar hohes Problembewusstsein für den Klimawandel und begründeten dies mit einer verstärkten, persönlichen Betroffenheit.

Wie ernst Jugendliche und junge Erwachsene das Problem mit dem Klimawandel einschätzen, wurde ebenfalls quantitativ ermittelt. **Dabei wurde deutlich, dass die Mehrheit aller Befragten das Problem als eher ernst bis extrem ernst einschätzt, außer für die eigene Region. Dort teilten diese Einschätzung mit 37,3 % nur ein gutes Drittel.** Für andere Regionen der Welt schätzte der größte Teil der Befragten als eher bis extrem ernst ein (67,8 %). Nur 8,7 % ordneten das Problem mit dem Klimawandel dort als überhaupt nicht bis kaum ernst ein. **Somit wurde der Klimawandel in der Befragung häufiger als globales statt als lokales Problem verortet.**

In Bezug auf die eigene Region der Befragten zeigten die Ergebnisse, dass Personen aus Großstädten mit über 100.000 Einwohner*innen mit 43,4 % am häufigsten angaben, dass durch den Klimawandel verursachte Probleme in ihrer Region eher bis extrem ernst seien. Unter denjenigen Befragten, die in einem kleinen Ort mit unter 5.000 Einwohner*innen lebten, teilte nur ein Drittel diese Einschätzung.

Abbildung 1: Problemwahrnehmung im gewichteten Datensatz (N=2099) (fehlend: weiß nicht/keine Angabe)

Was denken Sie, wie ernst ist derzeit das Problem mit dem Klimawandel...



Auch das Wissen um den Klimawandel variierte. Während alle Befragten den menschengemachten Klimawandel anerkannten, äußerten einzelne Personen Zweifel daran, die Hauptverantwortung dafür bei Menschen zu sehen:

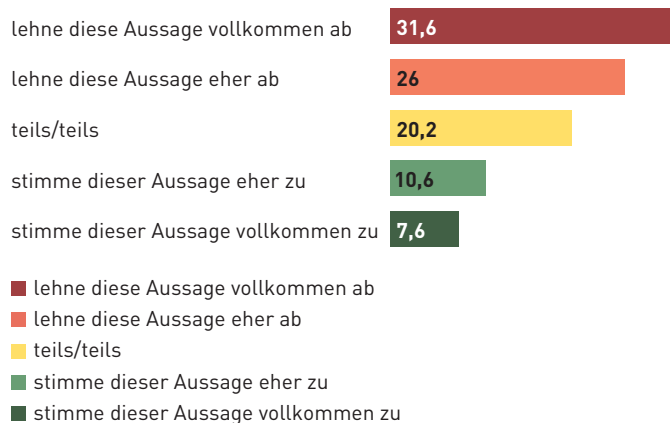
*Also
ich würde persönlich sagen,
dass der Mensch auch eine Teilschuld hat, so
aber nicht komplett allein verantwortlich dafür ist.
Viele würden ja sagen, der Mensch verursacht den Klima-
wandel, aber Mutter Natur weiß auch, was sie tut. Und wir
können ja auch nicht immer etwas für das Wetter und
generell, ob es wärmer oder kälter wird. Deswegen
würde ich auch mit Schuld auf die Natur
schieben. (Fabian)*

Diese und ähnliche Aussagen wie „Den Klimawandel, den gab es ja schon immer“ oder die Aussage, wir befänden uns am „Ende einer Eiszeit“ und die Temperaturen würden sich „so oder so anheben“ wiesen darauf hin, dass es bei den Befragten gegebenenfalls eine Wissenslücke gibt. Diese Wissenslücke, die als Klimawandelskepsis oder Klimawandelleugnung beschrieben werden könnte, bietet Anknüpfungspunkte und Parallelen zu Narrativen der äußersten Rechten (s. Kapitel 3), weswegen entsprechende klimaleugnende oder klimaskeptische Aussagen auch in der quantitativen Befragung aufgenommen wurden.

Dort lehnten über die Hälfte der Befragten die Aussage, dass der Klimawandel nicht vom Menschen gemacht sei, eher oder vollkommen ab und nahmen den Klimawandel damit als menschengemacht an. Insgesamt 18,2 % der Jugendlichen und jungen Erwachsenen stimmten der Aussage aber (eher) zu und weitere 20,2 % gaben an, teilweise zuzustimmen. Die Zustimmungswerte hierzu unterschieden sich unter Berücksichtigung des (angestrebten) Schulabschlusses der Befragten. So lehnten über 37 % der Befragten mit Fachhochschulreife oder Abitur diese Aussage vollkommen ab. Unter den Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die niedrigere Schulabschlüsse hatten oder anstrebten, lag die vollkommene Ablehnung im Vergleich bei nur knapp 25 %.

Abbildung 2: Klimawandelleugnung/-skepsis, gewichteter Datensatz, n=2099 (fehlend: weiß nicht/keine Angabe)³

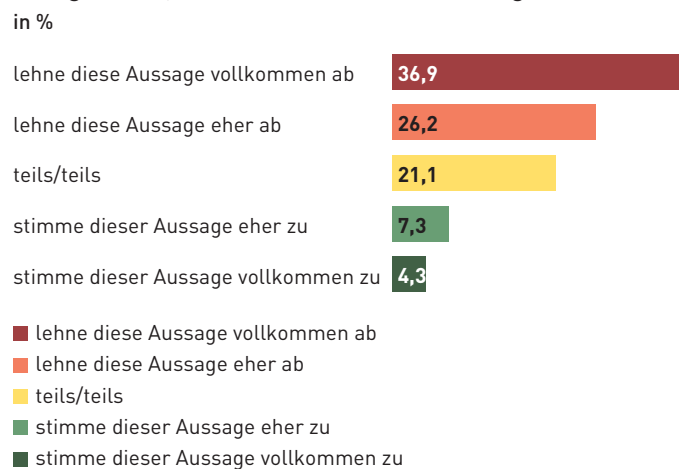
Der Klimawandel ist nicht von Menschen gemacht.



Auch die Aussage „Es gibt keine ausreichenden wissenschaftlichen Belege dafür, dass es einen Klimawandel gibt“ wurden hier zur Abstimmung gestellt. Dabei gaben 11,6 % aller Befragten an, dass sie dieser vollkommen oder eher zustimmten. Weitere 21,1 % stimmten der Aussagen teils/teils zu. Somit teilten insgesamt 63,1 % aller Befragten diese klimaskeptische Aussage nicht.

Abbildung 3: Es gibt keine ausreichenden wissenschaftl. Belege dafür, dass es einen Klimawandel gibt, gewichteter Datensatz, n=2099 (fehlend: weiß nicht/keine Angabe)

Es gibt keine ausreichenden wissenschaftliche Belege dafür, dass es einen Klimawandel gibt.



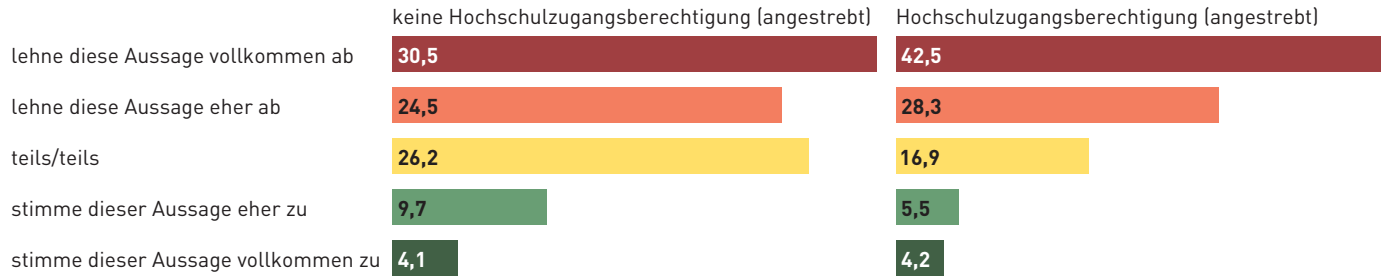
Bemerkenswert war bei dieser Aussage, dass mit 13,8 % Zustimmung (vollkommen bis eher) dieser Anteil bei den Befragten ohne Hochschulzugangsberechtigung oder mit derzeit angestrebter Berechtigung höher lag als bei denen, die ein Abitur oder vergleichbaren Abschluss haben oder anstrebten. Im Vergleich dazu betrug der Anteil dieser Gruppe knapp ein Zehntel. Die „teils/teils“-Kategorie fand insgesamt viel Anklang, wobei der Anteil bei Personen ohne Hochschulzugangsberechtigung mit 26,2 % fast 10 % höher lag als bei der Vergleichsgruppe.

Die Daten zeigten somit, dass Jugendliche und junge Erwachsene mit Abitur oder einem vergleichbaren Abschluss seltener an der wissenschaftlichen Existenz des Klimawandels zu zweifeln scheinen und auch weniger unentschlossen in Bezug auf diese Frage sind.

³ In den folgenden Abbildungen sind die Kategorien „weiß nicht“ und „keine Angabe“ nicht mit aufgeführt, weswegen die Antworten in den Grafiken meist nicht auf 100 % kommen.

Abbildung 4: Es gibt keine ausreichenden wissenschaftl. Belege dafür, dass es einen Klimawandel gibt, gewichteter Datensatz nach (angestrebtem) Schulabschluss, n=2032 (fehlend: weiß nicht/keine Angabe)

Es gibt keine ausreichenden wissenschaftliche Belege dafür, dass es einen Klimawandel gibt.



In der Onlinebefragung wurden auch weitere Aussagen abgefragt (Abb. 5), die eine skeptische Einstellung zum Klimawandel beschrieben. Bei der Aussage, ob Personen, die in der Öffentlichkeit dem Klimawandel skeptisch gegenüber stehen, unfair behandelt würden, waren die Einschätzungen der Befragten gespalten. Allerdings wählte der größte Anteil die teils/teils-Kategorie, womit ein Drittel (33,7 %) zumindest teilweise zustimmte und sich nicht klarer positionieren mochte. Weitere über 30 % lehnten die Aussage eher oder vollkommen ab, während 29,3 % zustimmten (vollkommen oder eher), dass klimawandelskeptische Personen unfair behandelt würden.

oder eher ab (22,2 %) als diejenigen, die eher oder vollkommen zustimmten (31,1 %).

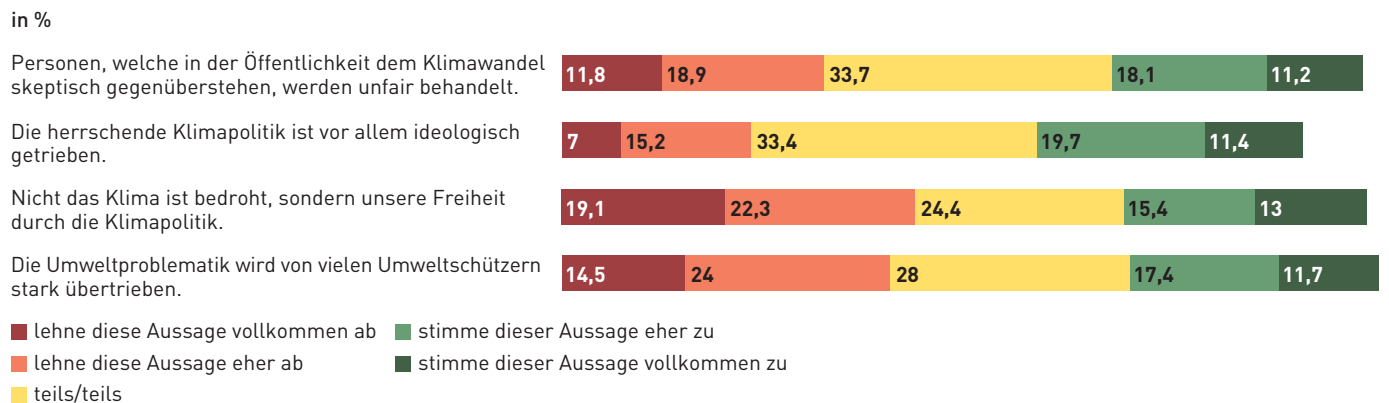
Eine stärkere Festlegung fand sich bei der Aussage „Nicht das Klima ist bedroht, sondern unsere Freiheit durch die Klimapolitik“. Diese wurde von über 40 % der Befragten vollkommen oder eher abgelehnt. Dennoch gab mit 28,4 % eine bedeutende Gruppe an, der Aussage vollkommen oder eher zuzustimmen. Auch hier stimmte ein Viertel der Befragten (24,4 %) teilweise zu und/oder mochte sich nicht deutlicher festlegen.

Auch bei der Aussage, dass die herrschende Klimapolitik vor allem ideologisch getrieben sei, war der Anteil derer, die mit teils/teils antworteten mit 33,4 % am größten. Es lehnten weniger Jugendliche und junge Erwachsene diese Aussage vollkommen

Dass die Umweltproblematik von Umweltschützer*innen stark übertrieben werde, war eine Einschätzung, der fast 30 % der Befragten folgten. Mit 38,5 % war der Anteil derer, die hier nicht zustimmten etwas größer.

Abbildung 5: Weitere Aussagen zur Klimawandelleugnung/-skepsis, gewichteter Datensatz, n=2099 (fehlend: weiß nicht/keine Angabe)

Weitere Aussagen zur Klimawandelleugnung/-skepsis



Somit zeigte sich in der quantitativen Befragung, dass die Einschätzungen zu Aussagen über Klimawandelleugnung und -skepsis zum Teil stark variierten. Die Debatte um die Bedrohung des Klimas versus die Bedrohung der Freiheit durch Klimapolitik war besonders polarisierend, wobei sich jeweils ein großer Anteil der Befragten auf Zustimmung oder Ablehnung festlegte. Deutlich wurde hier aber auch, dass es vor allem unter Berücksichtigung der großen teils/teils-Kategorien große Zustimmungen zu diesen Aussagen gab, die auch klare Anknüpfungspunkte zu Klimanarrativen der äußersten Rechten boten (s. 5.7), auf die im weiteren Verlauf genauer eingegangen werden soll.

Lokale Transformationsprozesse

Zu den oben beschriebenen sozial-ökologischen Transformationsprozessen (Waldsterben, Kohleausstieg, Windkraft) befragt, zeigte sich zunächst, dass fast alle Befragten zumindest oberflächliches Wissen, vielfach auch ein vertieftes Wissen über diese Prozesse aufwiesen. Diese Thematiken wurden teilweise auch im eigenen sozialen Umfeld, wie in der Familie, im Freund*innenkreis und der Schule, diskutiert.

Windpark

Das geplante Windparkprojekt im Reinhardswald stieß auf unterschiedliche Reaktionen in der qualitativen Untersuchung: Während ein Teil der Befragten dieses Projekt im Sinne der Energiewende unterstützte, äußerte eine größere Anzahl der Befragten starke Kritik. Diese beschäftigten sich in Vergangenheit teilweise intensiv mit dem geplanten Windparkprojekt und begründeten damit ihre vollständige Ablehnung. Sie berichteten, dass diese Ablehnung auch in ihren Familien und in Freund*innenkreisen geteilt würde. Sie empfanden das Projekt beispielsweise als „absolute Frechheit“ und als „katastrophales Zeichen“, dass auch von der Politik ausgehe. Dabei gründete sich diese Ablehnung auf verschiedene Aspekte. So wurden die Anlagen und die für diese benötigte Infrastruktur (wie z. B. die Zuwegungen) als schädlich für den Wald und dessen klimaschützende Funktion betrachtet, was als konträr zu Vorstellungen des Umwelt- und Naturschutzes wahrgenommen wurde: „Ich finde es ein bisschen widersprüchlich, einen Wald abzuholzen für Windräder. Denn die Bäume sorgen für saubere Luft und die wollen sie jetzt alle weg machen für Windräder, damit wir Energie kriegen“ (Anne). Zudem wurde ein mögliches erhöhtes Waldbrandrisiko aufgrund der Anlagen thematisiert, eine massive Belastung für die eigene Ortschaft durch künftigen Schwerlastverkehr in der Bauphase der Anlagen befürchtet und teilweise vermutet, dass das Land Hessen vor allem aus Profitinteressen das Windparkprojekt im Reinhardswald realisieren wolle.

Trotz der ablehnenden Haltung, die sich unter vielen Teilnehmenden gegenüber dem geplanten Windparkprojekt zeigten, wurden Windkraftanlagen im Allgemeinen nicht abgelehnt und der Bau solcher Anlagen sowie anderer erneuerbaren Energien größtenteils befürwortet. Somit betrachteten diese Teilnehmenden mehrheitlich ausschließlich Windkraftanlagen in Wäldern als problematisch, während sie, wie auch viele andere Teilnehmende, den Ausbau erneuerbarer Energien als wichtige Maßnahme gegen den Klimawandel unterstützten.

Kohleausstieg im Rheinischen und Mitteldeutschen Revier

Das Thema Kohleausstieg wurde in der qualitativen Erhebung mit jungen Menschen aus den betroffenen Regionen diskutiert. **Die meisten Befragten befürworteten den Ausstieg aus der Kohle aus Klimaschutzgründen, zweifelten zum Teil allerdings an der Realisierbarkeit.** Insbesondere die Umsiedlungen von Dörfern für den Kohleabbau sowie die mit der Kohleindustrie verbundene lokale und globale Umweltverschmutzung wurden kritisch gesehen. So wurde mehrfach kritisiert, dass „für ein bisschen Braunkohle“, die dann irgendwann sowieso nicht mehr verfügbar sei, „ganze Dörfer und Siedlungen“ umgesiedelt werden mussten.

Der mögliche Verlust von Arbeitsplätzen infolge des Kohleausstiegs stieß nur wenig auf Bedenken der Befragten, was sich damit erklären ließe, dass die Befragten selbst bzw. Personen aus ihrem Umfeld nicht in der Kohleindustrie arbeiteten. Allerdings wiesen die Befragten daraufhin, dass der Ausstieg aus der Kohle sozial verträglich gestaltet werden müsste. Ein Interviewpartner sprach sich deswegen dafür aus, dass im Zuge des Braunkohleausstiegs dringend darauf geachtet werden müsse, „dass sie [die Leute] eben nicht ins wirtschaftlich Bodenlose fallen und um die Region halt wirklich wirtschaftlich irgendwie voranzubringen dauerhaft.“ (Leon).

Waldsterben

Das Waldsterben wurde von den Befragten der qualitativen Erhebung emotional und intensiv verhandelt. **Die Sichtbarkeit dieses Transformationsprozesses und der damit verbundene Verlust einer Landschaft, die mit positiven (Kindheits-)Erinnerungen verknüpft war, löste bei den Befragten stärkere Gefühle und ein höheres Interesse aus.** Die direkte Betroffenheit von dem Transformationsprozess wurde auch dadurch begründet, dass die Befragten, die den Wald zum Fotografieren oder Spazieren nutzen, fürchten, diesen zu verlieren. Kontroverse Diskussionen gab es bezüglich des Tourismus im Harz: Während eine Teilnehmende darauf hinwies, dass der Tourismus auf den gesunden Wald angewiesen sei, problematisierte eine andere, dass für den Tourismus auch Bäume gefällt würden und dem Wald somit dadurch geschadet wird.

4.2 Gefühle zum Klimawandel

*Ja, ich
finde es auch schade, dass die
Menschheit das Klima so zerstört haben [sic!]
Dass jetzt auch/ Also ich habe gehört, dass an den
Polaren jetzt auch anfangen, Blumen zu wachsen. Und
das ist ja gar nicht gut und/ Ja. (Alina)*

Nach ihren Gefühlen zum Klimawandel gefragt, äußerten die meisten Teilnehmenden der quantitativen Interviews negative Gefühle. So wurde der Klimawandel mit Gefühlen wie „Angst“, „Traurigkeit“, „Bedauern“, „Unwohlsein“, „Unbehagen“, „Ohnmacht“, „Machtlosigkeit“, „Verzweiflung“ und „Allein-Gelas-

sen-Sein“ sowie mit „Wut“ und „Frust“ oder einem allgemein „schlechtem Gefühl“ assoziiert. Dabei brachten Teilnehmende immer wieder diese Gefühle mit verschiedenen Phänomenen und Perspektiven in Verbindung.

Tabelle 5: Kontextualisierte geäußerte Gefühle bezüglich des Klimawandels in den qualitativen Interviews

Negative Gefühle im Kontext des Klimawandels	Kontext/Auslöser	Gefühlsrichtung
Angst, Unbehagen, Traurigkeit, weitere negative Gefühle (aber auch Zynismus)	Wahrnehmung klimawandelbedingter negativer Folgen, auch im Kontext sozialökologischer Transformationsprozesse	Im Allgemeinen
Schlechtes Gewissen	Wahrnehmung, selbst zu wenig gegen den Klimawandel zu tun	Selbstbezogen
Machtlosigkeit, Ohnmacht, Verzweiflung	Begrenzte eigene Handlungsmöglichkeiten im Umgang mit dem Klimawandel	Selbstbezogen
Frust und Wut	Mangelndes Engagement im Kampf gegen den Klimawandel; fehlendes Interesse am, Ignorierung bis Leugnung des Klimawandels	Fremdbezogen (Mitmenschen, Gesellschaft)
Allein-Gelassen-Sein, Frustration, Wut, Machtlosigkeit, Enttäuschung, sich klein fühlen	Mangelndes Handeln politischer Akteure bezüglich des Klimawandels, Lobbyismus	Fremdbezogen (Politik)
Starke negative Gefühle, Gewaltfantasien, aber auch Verständnis	Die Aktionen der „Letzten Generation“	Fremdbezogen (Letzte Generation)

So zeigte sich ein konkretes Bedauern um einen Verlust von Landschaft und Natur, der, wie im Falle des Waldsterbens in der Harzer Region, dem Klimawandel zugerechnet wurde. Andere Teilnehmende verknüpften ihre mit dem Klimawandel verbundenen Gefühle mit negativen Zukunftsperspektiven:

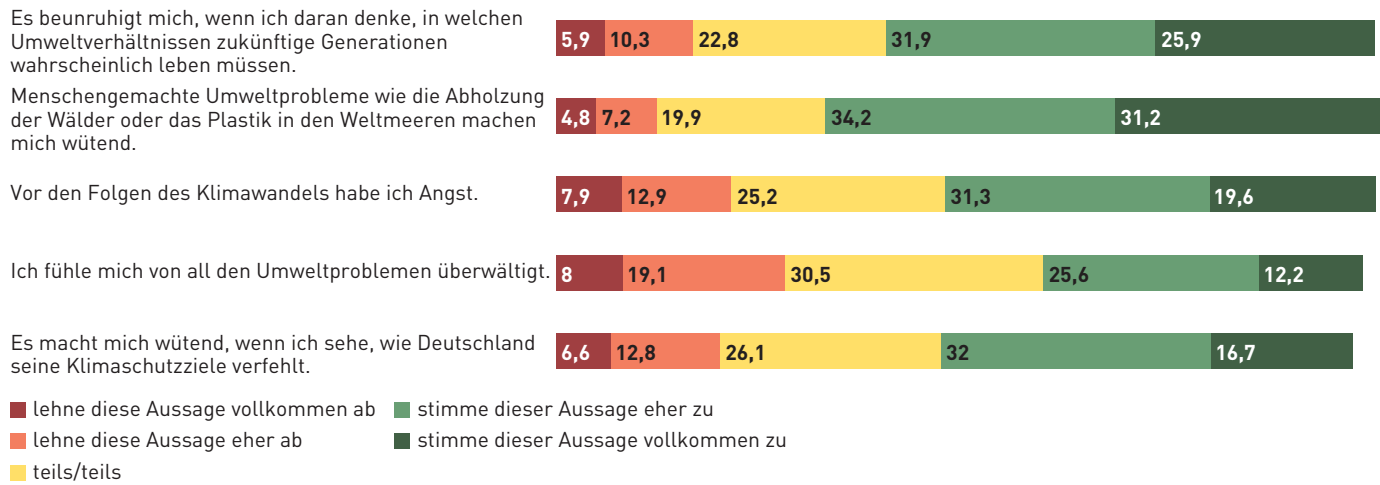
[A]ls junger Mensch macht es mir Angst für meine Zukunft, aber auch vor allem Angst für die Zukunft um die Generationen, die nach mir kommen soll. Weil, mein Traum ist es schon, irgendwann eine Familie zu gründen und Kinder zu haben und irgendwie denen ein gutes Leben zu geben zu können. Und wenn jetzt immer so weitergemacht wird, wie es jetzt ist, wird das ein bisschen schwieriger werden. (Ciel)

Auch Markus hatte ein „schlechtes Gefühl“ bezüglich des Klimawandels, den er für etwas „Schlimmes“ hielt, der auch in naher Zukunft negative Folgen haben werde. Gleichzeitig war er der Auffassung, dass er derzeit selbst noch zu wenig gegen den Klimawandel tun würde und verband dies mit einem schlechten Gewissen. Ähnlich wie Markus bezogen auch Annalena und Sebastian ihre Gefühle zum Klimawandel auf sich selbst und verknüpften diese dabei mit einer negativen Wahrnehmung ihrer Handlungsmöglichkeiten bezüglich des Klimawandels. Sie beschrieben, dass sie sich als einzelne Personen „sehr machtlos“ fühlen würden oder nur „sehr wenig Einfluss“ hätten.

Verschiedene Aussagen zum Umweltaffekt, also der „emotionale[n] Reaktion zu Umweltthemen mit positiven oder negativen Gefühlen“ (BMUV, 2023, S. 48), wurden auch in der Onlinebefragung abgefragt. **Die Ergebnisse unterstreichen dabei, dass viele Jugendliche und jungen Erwachsene negative Gefühle in Bezug auf den Klimawandel teilten. So stimmten 65,4 % aller Befragten eher bis vollkommen zu, dass sie menschengemachte Umweltprobleme wütend machen und 57,8 % waren (eher) beunruhigt, wenn sie daran dachten, in welchen Umweltverhältnissen zukünftige Generationen leben müssen** (Abb. 6). Noch höher fielen diese Zustimmungen mit Blick auf Geschlechterunterschiede der Befragten aus. Unter den weiblichen Teilnehmenden stimmten mit 72,8 % fast drei Viertel der Aussage zu, dass Probleme wie die Abholzung der Wälder oder das Plastik in den Weltmeeren sie wütend machten. Unter den männlichen Befragten teilte mit 58,5 % zwar auch ein Großteil diese Einschätzung, aber dennoch deutlich weniger als bei den befragten Frauen und Mädchen. Ein ähnliches Bild zeichnete sich auch bei der Zustimmung zur Aussage „Vor den Folgen des Klimawandels habe ich Angst“ ab. Während hier über die Hälfte (56,8 %) der weiblichen Befragten eher oder vollkommen zustimmte, waren es unter den männlichen Befragten nur 45,5 %.

Abbildung 6: Items zum Umweltaffekt, gewichteter Datensatz, N=2099 (fehlend: weiß nicht, keine Angabe)⁴

Umweltaffekt



Neben dem eigenen Handeln brachten die Teilnehmenden der qualitativen Interviews ihre negativen Gefühle zum Klimawandel auch mit dem Handeln anderer oder einem wahrgenommenen mangelnden Interesse an diesem in Verbindung. So beschrieb Bilal ein Gefühl der Trauer darüber, dass sich viele Menschen nicht für den Klimawandel interessieren würden und die Zerstörung der Umwelt unvermindert fortgesetzt werde. Andere Teilnehmende waren der Meinung, dass der Klimawandel von vielen nicht ernst genommen, in seinen Ausmaßen nicht verstanden würde oder zu wenig Handlungsdruck gegeben sei: „Man sieht Länder brennen. Man sieht komplette Eisschichten schmelzen. Und die Leute verstehen es nicht“ (Ryan). Celine verband diese Auffassung mit einem „unfassbaren Frust“ und „Wut“ bezüglich der „Menschen, die jetzt verdammt noch mal ihren Arsch nicht hochkriegen, um ordentlich sich darum zu kümmern, dass es besser wird“ (Celine), während Janosch seine Wut gegenüber klimawandelleugnenden Personen artikuliert:

Also das macht mich halt auch ziemlich wütend einfach dann, diesen Menschen gegenüberzutreten und da zu sagen: Ja, also warum ignorierst du das, dass es das gibt? Und man KANN es nicht ignorieren. Und dann halt mit irgendwelchen Verschwörungstheorien antworten, wo dann halt auch wirklich gar kein Sinn mehr dahintersteckt. (Janosch)

Mehrere Teilnehmende verbanden ihre negativen Gefühle zum Klimawandel mit einer Bewertung politischen Handelns in Bezug auf den Klimawandel. Max fühlte sich beispielsweise beim Umgang mit dem Waldsterben im Harz nicht nur machtlos, sondern auch von der Politik „allein gelassen“. Eine Teilnehmerin beschrieb ein Gefühl der „Frustration“, welches sie auf das Handeln politischer Akteur*innen bezog:

Es löst persönlich ganz viele Gefühle aus, die natürlich Handlungen auslösen, besonders so derzeitige Frustrationen bezüglich unserer politischen Akteure, die halt relativ wenig Handlungen in Betracht ziehen und das auch eher verhindern, dass unsere Meinung stark durchgesetzt wird. Was ich zum Klimawandel denke, ist, dass es besonders Angst in mir auslöst, Verzweiflung. Also sehr viele Emotionen, die negativ belastet sind, aber auch dennoch irgendwie was Schönes, weil unser Klima generell ist auch unsere Welt und die ist halt unfassbar schön und ich bin sehr dankbar, dass ich hier sein darf. (Lisa)

Während Teile der Bevölkerung und politische Akteur*innen eher aufgrund eines wahrgenommenen Nicht-Handelns bezüglich des Klimawandels mit negativen Gefühlen in Verbindung gebracht wurden, wurde die klimaaktivistische Gruppierung „Letzte Generation“ aufgrund Ihres Handelns oftmals mit negativen Gefühlen belegt – bis hin zur Artikulation expliziter Gewaltfantasien. So erachteten viele Teilnehmende die Ziele der Gruppe zwar als legitim oder äußerten vereinzelt auch Verständnis für deren Agieren. Oftmals aber wurde das Mittel der Straßenblockade als eher kritisch betrachtet oder auch vehement abgelehnt. Beispielsweise wurde die Vermutung geäußert, dass die Gruppierung mit ihren Aktionen negative Gefühle hervorrufen würde und dadurch der Klimawandelthematik eher schaden würde. Andere Teilnehmende sprachen beispielsweise davon, dass sie die Aktionen der Gruppierung als „abartig“, „affig“ oder „sehr schrecklich“ empfinden würden, auch weil sie teilweise der Meinung waren, dass durch die Blockaden Rettungswagen und damit Menschenleben gefährdet seien. Jennifer äußerte zudem, dass sie die Gruppierung in „Rage“ bringen würde, und glaubte, bei einer entsprechenden Straßenblockade „nicht bremsen [zu] können“ würde, während Nils sagte, dass er „die von der Straße runterkloppen“ würde.

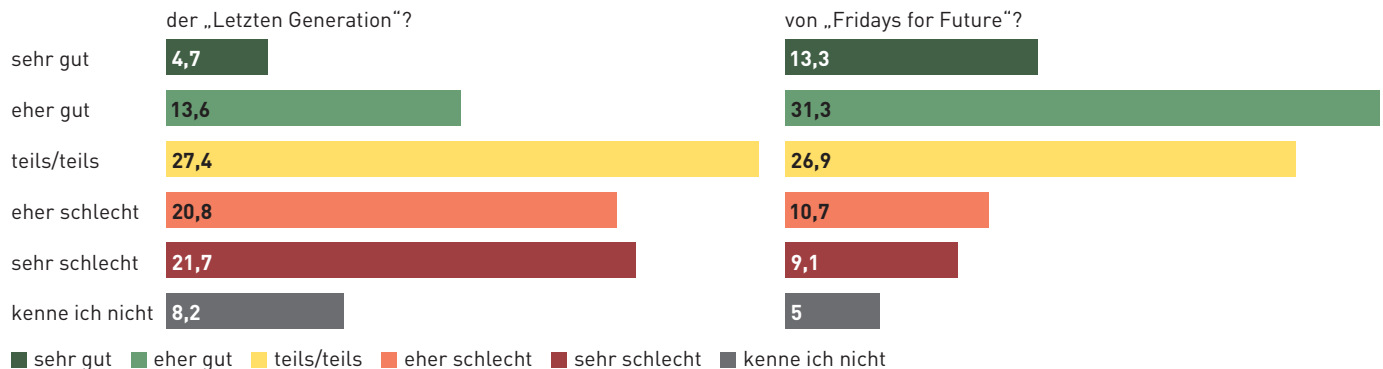
⁴ Die Grafik zeigt, wie sich die Befragten auf einer Skala von 1 (sehr links) bis 10 (sehr rechts) politisch selbst verorten. Die Angaben sind in Prozent und nach Geschlecht angegeben.

Auch in der Onlinebefragung wurden die Aktionen der „Letzten Generation“ negativ von den Teilnehmenden der Onlinebefragung bewertet (Abb. 7). So gaben lediglich 18,3 % aller Befragten an, dass sie diese eher oder sehr gut bewerten würden,

während über 40 % die Aktionen eher oder sehr schlecht fanden. Im Vergleich dazu wurden die Aktionen von „Fridays for Future“ deutlich positiver aufgenommen. Fast 45 % aller Befragten bewerteten diese als sehr oder eher gut.

Abbildung 7: Bewertung der Aktionen der „Letzten Generation“ und von „Fridays for Future“ im gewichteten Datensatz (N=2099) [fehlend: weiß nicht/keine Angabe]

Wie bewerten Sie die Aktion von



Schließlich gab es in den Fokusgruppeninterviews vereinzelt Teilnehmende, die ihre Gefühle gegenüber dem Klimawandel als eher „gemischt“ beschrieben und sich von der Thematik teilweise „genervt“ zeigten oder eine eher neutrale und abgeklärte Gefühlshaltung einnahmen, die sich teilweise auch als zynisch oder nihilistisch interpretieren lässt:

*Also ich
[habe, Anm. d. A.]
ziemlich neutrale [Gefühle, Anm. d.
A.] grundsätzlich erst mal, weil ich der
Meinung bin, dass die Menschheit so oder so
früher oder später ausstirbt und dass wir uns mit dem
Gedanken anfreunden können, die Erde wird es auch
nicht ewig geben, das ist nur ein Fakt. Und ja, ich meine,
klar können wir darauf achten, dass wir unser Leben auf
der Erde nicht unnötig schnell kaputt machen, aber ja,
früher oder später, gerade in Anbetracht dessen, dass
wir uns am Ende in einer Eiszeit befinden und sich
sowieso die Temperaturen so oder so anheben
werden, ja, das ist alles endlich im Universum,
sage ich mal so. (...) Also ich sehe das
ganz nüchtern. (Max)*

Die vielfältigen und überwiegend negativen Gefühle der Teilnehmenden verdeutlichten ihre tiefgreifende Besorgnis und das Gefühl der Ohnmacht angesichts des Klimawandels. Insbesondere der wahrgenommene Mangel an umfassenden politischen Maßnahmen sowie das fehlende Engagement vieler Mitmenschen trugen erheblich zu dieser emotionalen Belastung bei. Vereinzelt führten diese wahrgenommenen Umstände auch zu Nihilismus und Zynismus bei den Befragten.

4.3 Wirtschaft, Politik oder ich? Verantwortlichkeiten zum Klimawandel

Die Frage, welche Akteur*innen die Verantwortung für den Klimawandel tragen und welchen Akteur*innen politisches Lösungsvermögen für dessen Bekämpfung zugetraut werden kann, war ein wichtiger Aspekt in den qualitativen und quantitativen Befragungen.

In Hinblick auf die Frage, wer die Verantwortung für den Klimaschutz tragen muss, wurde in der Onlinebefragung auch die Zustimmung zur Aussage „Reiche Länder wie Deutschland, die mehr Treibhausgase ausgestoßen haben, tragen mehr Verantwortung für den Klimaschutz“ erfragt. Insgesamt stimmten dieser Aussage 47,1 % eher oder vollkommen zu und nur 6,6 % lehnten die Aussage vollkommen ab. Für über die Hälfte der befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen stand außerdem fest, dass Deutschland für die Folgen des Klimawandels in anderen Ländern mitverantwortlich ist. Lediglich 6,8 % aller befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen lehnten diese Aussage vollkommen ab (Abb. 8).

Die Antworten zeigten, dass die Mehrheit der Befragten der Meinung war, dass Deutschland und andere reiche Länder, die historisch bedingt mehr Treibhausgase ausstießen und damit mehr klimaschädliche Emissionen produzierten, auch eine größere Verantwortung für den Klimaschutz und die Folgen des Klimawandels tragen. Die Befragten zeigten also deutlich ein Bewusstsein für und reflektierten die historischen und globalen Dimensionen des Klimawandels und die Rolle, die reiche Länder wie Deutschland dabei spielen sollten. Der recht große Anteil derer, die jeweils mit „teils/teils“ antworteten, könnte zum einen ein Hinweis auf eine Verunsicherung der Befragten sein oder aber darauf, dass ihnen eine klare Antwort auf diese komplexen Themen schwerfiel und sie somit lediglich in Teilen zustimmten.

Abbildung 8: Aussagen zur Verantwortung Klimaschutz und –Wandel im gewichteten Datensatz (N=2099)
[fehlend: weiß nicht/keine Angabe]

Aussagen zur Verantwortung Klimaschutz und Klimawandel

Reiche Länder wie Deutschland, die mehr Treibhausgase ausgestoßen haben, tragen mehr Verantwortung für den Klimaschutz.



Für die Folgen des Klimawandels in anderen Ländern sind wir in Deutschland mitverantwortlich.



- lehne diese Aussage vollkommen ab
- lehne diese Aussage eher ab
- teils/teils
- stimme dieser Aussage eher zu
- stimme dieser Aussage vollkommen zu

Wurde die Ursache für den Klimawandel als menschengemacht gesehen, stellte sich im Anschluss meist die Frage, welche Akteur*innen auf welchen Ebenen die Verantwortung für ihn tragen und wie diese handeln sollten, um ihn zu bekämpfen. Einige Teilnehmende sahen die Verantwortlichkeit auf der ökonomischen Ebene, wobei konkret die industrielle Produktionsweise angesprochen und explizit der Kohleabbau genannt wurde. Dementsprechend wurden für eine gerechte Bewältigung des Klimawandels Lösungsansätze auf der ökonomischen Ebene vorgeschlagen. So forderte eine Person beispielsweise, dass vor allem Großkonzerne Maßnahmen gegen den Klimawandel ergreifen müssten und dies weniger von Einzelnen erwartet werden sollte:

*Aber,
finde ich, ein falscher Ansatz,
jetzt zwingend an den Einzelnen zu gehen. Ich
meine, klar muss das in alle Köpfe rein. Das, was passie-
ren muss. Aber in erster Linie sollte man sich an Großkon-
zerne richten. Und da Maßnahmen ergreifen. Weil, das
ist letztendlich bei weitem machtvoller.
(Joseph)*

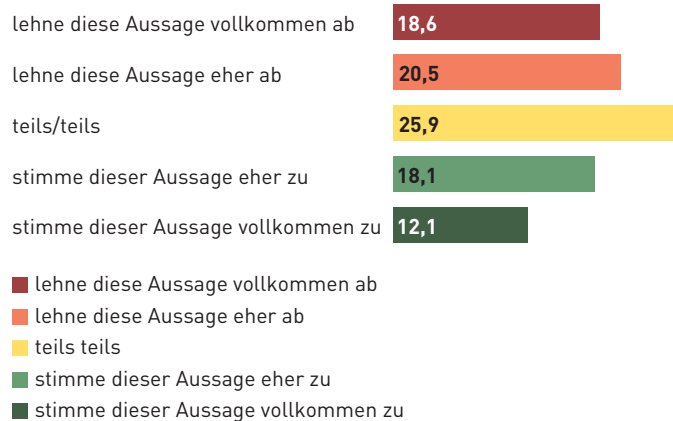
Tobias, ein Teilnehmer eines Einzelinterviews aus dem Harz, übertrug die strukturelle kapitalistische Problematik bezüglich des Klimawandels auch auf den regionalen Konflikt des Umgangs mit dem Totholz im Harz. Dabei sah er einen wirtschaftlichen Konflikt zwischen Waldbesitzenden, die das Holz als Rohstoff verkaufen möchten, und dem Nationalpark, der das Totholz liegen lassen möchte, damit dieses für Organismen als Biotop fungieren kann:

*Und das
hatte ja verschiedene
Reaktionen auch zur Folge, wo
erstmal gerade auch von den kommerziellen
Waldbesitzern so eine Abwehrreaktion war und
auch so eine Gegenreaktion gegen den Nationalpark.
Die gesagt haben: ‚Wie könnt ihr das da alles laufen
lassen? Ihr müsst jetzt Borkenkäferfallen aufstellen und
das muss ja alles rausgeholt werden, das Totholz!‘ Und das
war ja auch erst mal eine Riesendiskussion gewesen, wo halt
auch gerade von politischer Seite die CDU und das
konservative, rechte Lager doch sehr Stimmung gegen die
Nationalparkideen gemacht haben. Einfach weil sie
halt auch da die forstwirtschaftlich Arbeitenden
mehr im Fokus hatten. Also das hatte auch
kapitalistische Hintergründe, das
Ganze. (Tobias)*

Neben Lösungsansätzen, die die ökonomische Sphäre adressierten, wurden auch Lösungsstrategien genannt, die auf die politische Ebene zielten. Diese sollten beispielsweise mehrere Menschen und Staaten in die Verantwortung nehmen („mehr globale Ansätze“) oder sich an wissenschaftlichen (entgegen emotionalisierten) Erkenntnissen orientieren: „Weniger Gefühlsbetontheit, sondern mehr Kompetenz und Fakten.“ (Max). In Verbindung mit der ökonomischen Sphäre wird der Politik dabei eine Steuerungs- und Reglementierungsaufgabe zugeschrieben. Hier sollten beispielsweise „Unternehmen und Konzerne [...] in der Art, wie sie Dinge produzieren, herstellen und handeln“ (Jay) eingeschränkt werden. Zudem wurden die Rolle und die Verantwortlichkeit von anderen Staaten, darunter emissionsstarken Ländern wie der USA und China, kritisch diskutiert.

Abbildung 9: Item zur Verantwortung zum Klimaschutz, gewichteter Datensatz (N=2099) (fehlend: weiß nicht/keine Angabe)

Was wir hier in Deutschland für den Klimaschutz machen, ist völlig egal. Soll China doch erst mal mit Klimaschutz anfangen.



Das Narrativ, dass China sich zunächst für den Klimaschutz engagieren sollte, da entsprechende Maßnahmen in Deutschland ansonsten keinen wirklichen Einfluss hätten, wurde entsprechend auch im Onlinefragebogen erfragt. Ein knappes Drittel der Befragten stimmte dieser Einschätzung eher oder vollkommen zu. Während sich ein gutes Viertel hier nicht klar positionierte, lehnten knapp 40 % die Einschätzung eher oder vollkommen ab.

In der qualitativen Befragung wurde auch die Position vertreten, dass ‚jemand‘ bei der Bekämpfung des Klimawandels den Anfang machen müsse und dabei Deutschland „als Vorreiter beziehungsweise als Vorbild für die anderen Länder fungieren könnte“ (Julio). Allerdings gab es auch kritischere Stimmen bezüglich Deutschlands Vorreiterrolle bei der Energiewende:

Das spannende ist bei dieser Sache ist ja, Deutschland will immer so ein gewisser Vorreiter sein und zeigen: Da soll es langgehen! Und das ist an sich kein schlechter Ansatz, jedoch muss man halt immer gucken: Kann ich das gerade überhaupt leisten ohne dass irgendwas anderes darunter leidet, was vielleicht wichtig ist? Und wenn ich mir denke, man schaltet unsere Atomkraftwerke ab, dann schalten halt alle Nachbarländer nicht automatisch ihre Atomkraftwerke ab. (Simon)

Zwar betonte Simon im weiteren Verlauf des Interviews, dass er eine Notwendigkeit in Deutschlands Vorreiterrolle sehe, allerdings kritisierte er am Beispiel der Abschaltung der deutschen Atomkraftwerke die Effizienz dieser Maßnahmen, wenn andere Länder diese Maßnahmen nicht ergreifen würden. Ebenfalls bekundete er in seinen Aussagen Skepsis darüber, ob erneuerbare Energien effizient genug seien, um ausreichend Strom zu gewinnen. In einem anderen Gruppeninterview gab es auch Stimmen,

die Deutschlands Einsatz gegen den Klimawandel aus diesem Grund komplett ablehnten: „Und wir sind da, glaube ich, 0,2 Prozent von dem Klimascheiß da. Und ja, darauf geschissen. Ist so“ (Nils).

Allgemein zeigte sich in der Onlinebefragung dazu, dass die Jugendlichen und jungen Erwachsenen die Bemühungen der Bundesregierung im Bereich des Klimaschutzes als nicht ausreichend betrachten. So gab mit 47 % die deutliche Mehrheit an, dass sie die Bemühungen als zu wenig erachten würden. Als „gerade richtig“ beurteilten 22,4 % die politischen Klimaschutzmaßnahmen. Dennoch meinte ein Fünftel (19,3 %), dass die Bemühungen der Bundesregierung zum Klimaschutz zu viel seien.

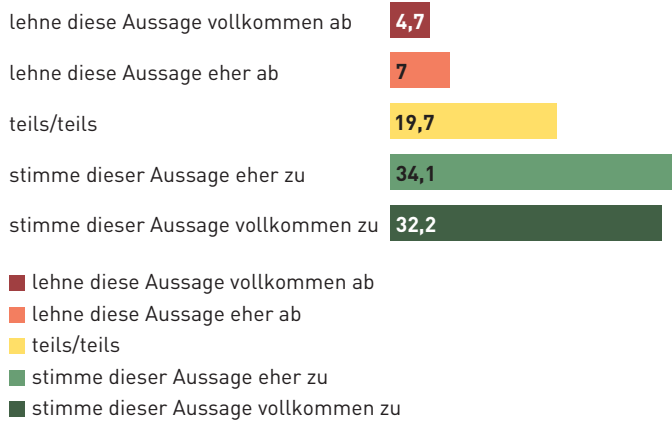
Verantwortung für die Bekämpfung des Klimawandels wurde auch auf der kommunalpolitischen Ebene verortet, wobei jedoch auf Limitierungen der politischen Handlungsfähigkeiten bezüglich der Entscheidungsgewalten hingewiesen wurde. Oliver, der selbst im Stadtrat einer Stadt der Region Zeitz-Weißenfels saß, merkte diesbezüglich an, dass es auf der kommunalpolitischen Ebene einfacher sei, direkte Maßnahmen für den Klimaschutz zu treffen (Hochwasser- und Umweltschutz) als grundlegende klimapolitische Maßnahmen („Aber dieses komplette Klimathema ist für die Kommunen natürlich zu groß“). Dementsprechend äußerte sich auch ein Teilnehmer eines Gruppeninterviews in der Region um den Reinhardswald über seine Erwartungen an die (Kommunal-) Politik angesichts der geplanten Windkraftanlagen:

Wenn zum Beispiel 90 Prozent der Leute dagegen sind, dass eine Windkraftanlage oben irgendwo im Wald gebaut wird, im Reinhardswald, dann sollte man auch als Politik oder als Kommune dann mal überlegen, beziehungsweise die Kommunen sind ja da nicht mehr so involviert, sondern mehr die Politik generell, ist irgendwie doch nicht SO eine gute Idee an der Stelle. Müssen wir noch mal überdenken, mal vielleicht ein Gegenangebot machen oder irgendwie halt den Leuten auch entgegenkommen und nicht einfach sagen: Wir machen das jetzt, Arsch lecken. Ja? (Dominik)

Demgegenüber sahen andere Befragte die Verantwortlichkeiten und Handlungsaufforderungen eher auf der individuellen Ebene. In der Onlinebefragung teilten sogar 66,3 % der befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen die Einschätzung, dass jede*r Einzelne Verantwortung dafür trägt, dass nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Umwelt hinterlassen werde. Lediglich knapp 5 % lehnten diese Aussage vollkommen ab. Bemerkenswert ist dabei die unterschiedliche Beurteilung der Aussage mit Blick auf die Geschlechterunterschiede: Unter der Berücksichtigung der geringen Fallzahl diversgeschlechtlicher Befragter (n=22) und der damit geringen Aussagekraft ihrer Zustimmungsraten, fällt hier besonders auf, dass männliche Befragte dieser Aussage mit 60,6 % zwar häufig eher bis vollkommen zustimmten, aber sie dennoch deutlich seltener teilten als weibliche Befragte, bei denen die Zustimmung bei 72,7 % lag.

Abbildung 10: Verantwortung nachfolgende Generationen, gewichteter Datensatz (N=2099) (fehlend: weiß nicht/keine Angabe)

Jede*r Einzelne trägt Verantwortung dafür, dass wir nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Umwelt hinterlassen.



In diesem Sinne setzten ihre Lösungsstrategien zur Bekämpfung des Klimawandels vor allem auf Eigenverantwortung (Veränderung von Konsumverhalten oder konkrete kleine Naturschutz-Aktionen wie Bäume pflanzen) (s. 4.4.). **Auch wenn es unter den Teilnehmenden der Gruppeninterviews teilweise unterschiedliche Auffassungen bezüglich der Wirkmächtigkeit individueller Handlungen und Verhaltensweisen bei der Bekämpfung der Klimawandels und der Zuschreibung von Verantwortung gab, waren sich alle Teilnehmenden darüber einig, dass die Klimawandelproblematik sowohl national als auch international nur gemeinsam und unter Mitwirkung unterschiedlicher Verantwortungsebenen angegangen werden kann.**

4.4 Handeln und Wirkmächtigkeit

Jeder Mensch hat Einfluss darauf. Wenn jeder halt was Kleines dazu beiträgt, dann hat das irgendwann eine große Auswirkung. Aber es macht halt leider nicht jeder, also es ist halt immer schwierig, weil dann müssten halt alle zusammenhalten, bis das genügend funktioniert (Kim)

Wie im vorherigen Kapitel festgestellt, wurden von den Teilnehmenden der qualitativen Interviews Handlungen gegen den Klimawandel benannt. In den Interviews wurde auch die Ebene des individuellen Handelns als Verantwortungsebene im Vorgehen gegen den Klimawandel aufgerufen und mit der Frage nach der eigenen Wirkmächtigkeit verknüpft. Es stellte sich also die Frage, was die Teilnehmenden als Einzelpersonen gegen den Klimawandel tun können, aber auch, ob sie überhaupt der Meinung sind, dass sie individuell etwas bewirken können.

Insgesamt waren sich die meisten Teilnehmenden darüber einig, dass prinzipiell jeder Mensch durch sein Handeln im Hinblick auf den Klimawandel Einfluss nehmen kann. Dementsprechend wurden verschiedene Möglichkeiten diskutiert und u.a. konkrete Möglichkeiten benannt.

Ein Teil dieser Möglichkeiten, die von mehreren Teilnehmenden auch realisiert wurden, lassen sich unter den Begriffen eines eigenverantwortlichen und nachhaltigen Handelns als Strategie zur Bekämpfung des Klimawandels subsumieren. Genannt wurde diesbezüglich beispielsweise das persönliche Konsumverhalten. So legte eine Teilnehmerin dar, dass sie selbst konsumkritisch handle, indem sie „Massenkonsum“ vermeide, vorwiegend regionale Produkte kaufe und weitestgehend auf Fleischkonsum verzichte. Andere Teilnehmende nannten einen nachhaltigeren Kleidungsstil oder schlugen vor, weniger Müll zu produzieren, entstandenen Müll zu trennen oder auch klimafreundlicher zu heizen.

Ich glaube, ein wichtiges Thema wäre auf jeden Fall die Nachhaltigkeit. Wir sollten auf jeden Fall mehr von dieser Konsumgesellschaft wegkommen und alles günstig und viel davon bekommen [...]. Wir produzieren auch sehr, sehr viel Müll, was nicht unbedingt produziert werden soll. Man kann viele Sachen auch wiederverwerten. Ich weiß nicht, wie ich es erklären soll, aber zum Beispiel ich bin aufgewachsen, dass T-Shirts werden zuerst, T-Shirts, die man draußen trägt, dann werden die zu Haus T-Shirts, zu Schlaf-T-Shirts und dann schmeißt man die irgendwo hin und nutzt die als [...] Waschlappen oder so. (Marwin)

Ebenso wurde von den Teilnehmenden das Thema Mobilität angesprochen. Um den Klimawandel zu bekämpfen, wurde insbesondere diskutiert, die private Nutzung von Pkws zu reduzieren und stattdessen verstärkt öffentliche Verkehrsmittel oder das Fahrrad zu nutzen sowie für kurze Strecken das Zufußgehen zu priorisieren. Zudem wurde die Nutzung von E-Autos als Möglichkeit genannt. Bezüglich eines Umstiegs auf öffentliche Verkehrsmittel bzw. deren forcierter Nutzung wurde jedoch von Teilnehmenden aus dem kleinstädtischen und ländlichen Raum, die in mehreren Fokusgruppeninterviews stärker vertreten waren, darauf hingewiesen, dass aufgrund mangelnder öffentlicher Verkehrsinfrastruktur ein Verzicht auf das Auto nicht möglich sei.

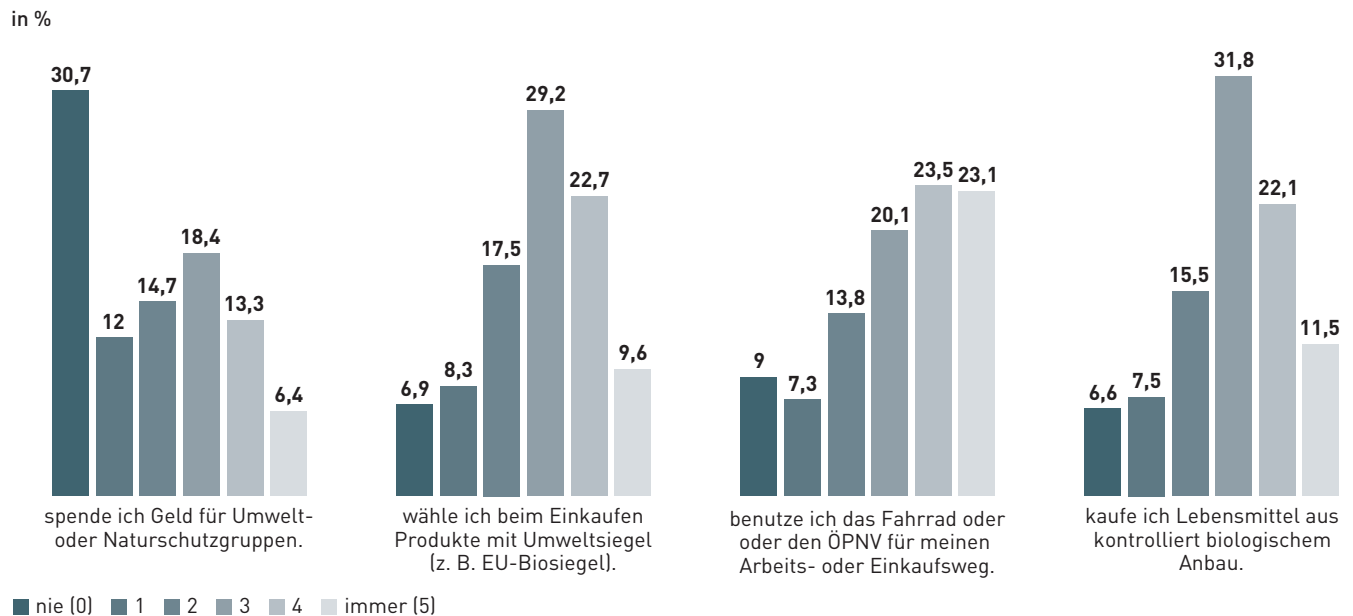
*Das ist
halt im ländlichen Raum
[Nordhessen, Nähe Reinhardswald]
immer sehr schwierig, wie weil wir haben halt
keine gute öffentliche Anbindung an den Nahverkehr.
[...] Wenn ich jetzt bei mir im Dorf losfahren würde, mit
dem Bus zum nächsten Bahnhof fahren würde, von da mit
dem Zur [...] zur nächstgrößeren Stadt [fahren würde], da
wäre ich bestimmt fast 50 bis 60 Minuten unterwegs. Wenn ich
mit dem Auto [fahre] sind es 25 Minuten. [...] Und da hat
man auch, muss ich sagen, im ländlichen Raum nicht so den
Eindruck, dass das so die führenden Politiker auf dem
Schirm haben überhaupt. [...] Und ich glaube,
dadurch verliert man auch viele Leute bei so
Themen im ländlichen Raum.
(Matthias)*

Auch in der Onlinebefragung wurden der Themenbereich des individuellen Handelns in Bezug auf den Klimawandel adressiert. Insgesamt zeigte fast die Hälfte der Befragten (47,1 %) Bereitschaft, die eigene Lebensweise zu verändern, um das Klima zu schützen. Dagegen gaben 19,6 % an, dass sie hierzu nicht bereit seien (lehnen die Aussage eher oder vollkommen ab). Auch zeigte sich mit 28,9 % ein recht großer Teil unentschieden (teils/teils). Nach konkreten Aktivitäten zum Schutze des Klimas gefragt (Abb. 11), gaben 46,6 % aller Jugendlichen und jungen Erwachsenen an, dass sie fast immer oder immer Fahrrad oder ÖPNV nutzen, um zu ihrer Arbeit oder zum Einkaufen zu fahren. Ein Drittel gab an, dass sie häufig bis immer Lebensmittel aus kontrolliert biologischem Anbau kaufen würden, und ein ähnlich großer Anteil achtete beim Einkaufen auf Umweltsiegel. Lediglich bei der Frage, wie häufig die Befragten Geld für Umwelt- und Naturschutzgruppen spendeten, war der Anteil derer, die angeben dies nie oder fast nie zu tun bei über 40 %.

Die folgende Darstellung zeigt die Zustimmungswerte zu verschiedenen Klimaschutzmaßnahmen, die individuell durchgeführt werden können. Bezüglich der Zahlen ist hier allerdings zu bemerken, dass ein relevanter Anteil der jungen Befragten aufgrund des Alters vermutlich über ein eher geringes eigenes Einkommen und oftmals über kein eigenes Auto verfügt.⁵

Abbildung 11: Umweltverhalten, gewichteter Datensatz, n=2099 (fehlend: weiß nicht/keine Angabe)

Um das Klima zu schützen ...



⁵ In der Befragung gaben lediglich 37,2 % aller Befragten an berufstätig zu sein. 19 % studierten zur Zeit der Befragung und weitere 17,5 % waren noch Schüler*innen. Daher handelt es sich um eine Stichprobe mit einem vermutlich geringen eigenen Einkommen und Befragte, die beispielsweise kein eigenes Auto zur Verfügung haben oder unter den Schüler*innen viele vielleicht noch nicht für ihre eigenen Einkäufe verantwortlich sind.

Auch über das alltägliche Verhalten hinaus waren 83,7 % in den letzten 12 Monaten aktiv gegen den Klimawandel. Dabei zeigte sich, dass vor allem niedrigschwellige Partizipationsmöglichkeiten zugestimmt wurde, wie der Nutzung des Internets, um sich über soziale und politische Themen zu informieren, was fast 40 % der Befragten bejahten. Über ein Drittel der Befragten kaufte oder boykottierte ein bestimmtes Produkt oder kaufte nachhaltige Produkte, auch wenn diese teurer waren. Rund ein Fünftel der Befragten gab außerdem an, bewusst auf eine Flugreise verzichtet zu haben. Ein Fünftel der Befragten gab an, an einer Demonstration teilgenommen zu haben (Abb. 12). Dies traf auch auf manche Teilnehmende der qualitativen Interviews zu,

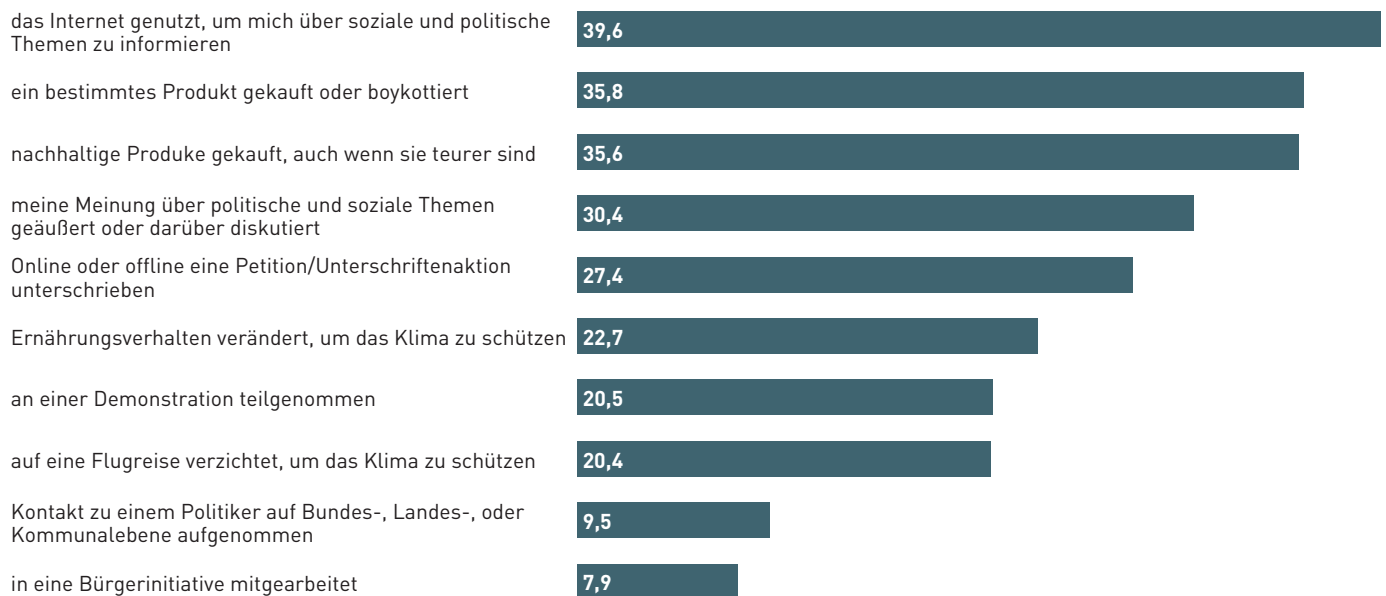
die explizit eine Teilnahme an „Fridays for Future“-Demonstrationen nannten.

Was organisierte und regelmäßige Formen des Aktivismus betrifft, gaben allerdings lediglich 7,9 % der Befragten an, aktiv in einer Bürgerinitiative mitgearbeitet zu haben. In den narrativ-biografischen Interviews aus den ostdeutschen Forschungsregionen war aufgrund des Akquiseprozesses der Teilnehmenden für die Interviews eine Überrepräsentation von (klima-)politisch aktiven Teilnehmer*innen zu verzeichnen. Diese Teilnehmer*innen waren vorwiegend in Parteien auf Ebene der Kommunalpolitik oder in Klimaschutzbündnissen aktiv.

Abbildung 12: Politische Partizipation in Bezug auf den Klimawandel, Mehrfachantwort, gewichteter Datensatz, n=2099 (fehlend: weiß nicht/keine Angabe)

Politische Partizipation in Bezug auf den Klimawandel

Haben Sie in den vergangenen 12 Monaten irgendeine der folgenden Aktivitäten unternommen, um etwas gegen den Klimawandel zu unternehmen?



Während verschiedene Möglichkeiten genannt wurden, den Klimawandel auf eigenverantwortlicher und individueller Ebene zu bekämpfen, gab es unter den Teilnehmenden der qualitativen Interviews teilweise unterschiedliche Auffassungen bezüglich der Wirksamkeit individueller Handlungen und Verhaltensweisen. So waren manche Teilnehmende auf der einen Seite der Meinung, dass schon individuelle Handlungen „100 %“ Einfluss auf den Klimawandel haben würden oder zumindest deren Summe: „Wenn jeder halt was Kleines dazu beiträgt, dann hat das irgendwann eine große Auswirkung“ (Anne). Auch gab es unter Teilnehmenden die Auffassung, dass einzelne Personen mit ihrem klimagerechten Verhalten ein Vorbild und eine Motivation für andere Menschen sein könnten, sich klimagerecht zu verhalten – eine Idee, die mitunter auf Deutschland als Vorreiter und Vorbild für andere Länder übertragen wurde. Auf der anderen Seite gab es aber auch mehrere Teilnehmende, die eine eher pessimistische Position bezüglich ihrer eigenen Wirksamkeit bei der Bekämpfung des Klimawandels einnahmen und dabei oftmals ein Gefühl der Machtlosigkeit artikulierten (vgl. hierzu auch Kap. 4.2.) oder zumindest die Auffassung ver-

traten, dass nur eine große Summe von Einzelhandlungen wirksam sei:

Also das lässt einen dann so ein bisschen klein fühlen und auch ziemlich machtlos. Und, ja, da bin ich halt auch so ein bisschen enttäuscht, was so sich in der Politik tut, was sich im Lobbyismus tut und sowas. Dass halt diese Lobbys viel zu groß sind, um da irgendwie effizient dagegen ankommen zu können. (Janosch)

Zudem kritisierten mehrere Personen, dass beim klimagerechten Handeln oft „auf den einzelnen kleinen Personen herumgehakt“ (Ciel) werde, obwohl deren individuellen Handlungen im Vergleich zur Handlungsmacht anderer Akteur*innen nur geringe Auswirkungen hätten. So würden Großkonzerne und emissionsstarke Staaten immer noch zu wenig in die Verantwortung genommen (vgl. hierzu auch Kap. 4.3.), was auch an entsprechender mangelnder politischer Intervention läge:

Insofern wurde unter den Teilnehmenden der verschiedenen Interviews auch ein Gefühl der politischen Machtlosigkeit zum Ausdruck gebracht. Dieses zeigte sich teilweise auch bei Teilnehmenden, die sich aktivistisch gegen den Klimawandel engagierten: So wurde der Klima-Aktivismus einerseits im Allgemeinen als Möglichkeit benannt, gegen den Klimawandel vorzugehen sowie durch diesen einem Gefühl der politischen Machtlosigkeit zu entkommen. Dabei war es einer interviewten Person vor allem wichtig, politische Akteur*innen zu erreichen, die die Macht und die Möglichkeiten dafür besitzen, effiziente Maßnahmen gegen den Klimawandel durchzusetzen. Die empfundene Machtlosigkeit und das Gefühl, mit ihrem Klimaschutzanliegen nicht ausreichend von Politiker*innen in Machtpositionen unterstützt zu werden, bewegte sie dazu, selbst Klimaschutzbündnisse in ihrer Region zu gründen und Einfluss auf die dortige Kommunalpolitik zu nehmen. Andererseits äußerten sich einige Aktivist*innen in den Interviews ernüchtert: Zunächst benannte Ciel, die sehr stark bei FFF involviert war, als Grundmotivation die Erwartung, zu erreichen, dass jungen Menschen dadurch verstärkt zugehört werden soll. Auf Grundlage der tatsächlichen Erfahrungen im FFF-Aktivismus kam Ciel aber zu der Ansicht, als junger Mensch mit seinen politischen Anliegen bezüglich des Klimawandels nicht ernstgenommen oder politisch repräsentiert zu werden:

*Und wir
haben viele Gespräche
gehabt: mit dem Oberbürgermeister
unserer Stadt, mit dem Stadtrat, mit einem
SPD-Abgeordneten, der eben aus der Stadt kommen. Wir
haben so viele Gespräche mit dem geführt und uns so viel
Mühe gegeben und Ideen vorgebracht, wie wir unsere Stadt
weiterbringen können. [...] Und wir werden belächelt. Und:
Geht mal weiter zur Schule und lebt erst mal ein Leben, und
dann reden wir noch mal. So. Wir junge Menschen
fanden halt, unsere Generation, meine Generation
da so wenig ernst genommen wird
so. (Ciel)*

Für eine andere Person, die in Lützerath aktiv war, war die Räumung der Ortschaft ein starkes Moment der Resignation und wurde als „Riss in der Klimabewegung“ beschrieben: „Weil es jetzt nicht mehr so diesen zentralen Ort irgendwie gab. Und so die Frage ist so: Wie macht man jetzt weiter so? Es gibt jetzt keine richtige Klimabewegung mehr, habe ich das Gefühl“ (Kim).

Bei der quantitativen Befragung stimmten 13,5 % der Befragten vollkommen und 25,6 % eher zu, dass sie es für sinnvoll halten würden, sich politisch zu engagieren. Fast ein Drittel (31 %) stimmte der Aussage in Teilen zu und lediglich 8,7 % lehnten die Aussage vollkommen ab. **So lassen die qualitativen und quantitativen Daten zusammengenommen die Interpretation zu, dass viele junge Menschen es immer noch als (eher) sinnvoll erachten, sich politisch zu engagieren bzw. dies – auch im Kampf gegen den Klimawandel – tun. Gleichzeitig löste sich, wie der qualitative Teil der Studie zeigt, dieses demokratische Potenzial in Gefühlen politischer Machtlosigkeit und Resignation auf.** Was die Bewertung der Bundesregierung bezüglich ihrer Bemühungen im Bereich des Klimaschutzes betrifft, erachteten 47 % der Befragten diese als zu gering, was dem Grundtenor der qualitativen Interviews entsprach. 22,4 % hielten diese für genau richtig, während 19,3 % der Befragten diese als zu viel erachteten.

4.5 Politische Selbstverordnung und Parteiensympathie

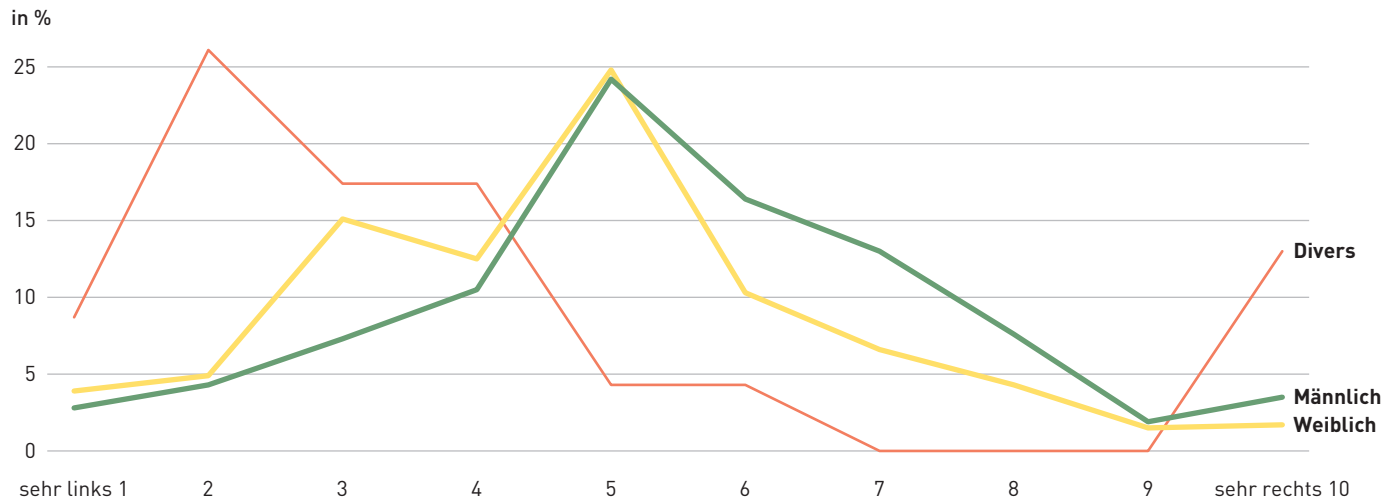
Die Parteiensympathie und die politische Selbstverordnung wurden in der quantitativen Datenerhebung des Projekts direkt abgefragt, um zu ermitteln, inwiefern diese die Einstellung der Befragten zu klimapolitischen Themen und äußerst rechten Narrativen beeinflussen. Auch in den qualitativen Interviews kamen diese Aspekte bei den befragten jungen Menschen oft zur Sprache und dienen an dieser Stelle zur Vertiefung der quantitativen Ergebnisse.

Bezüglich der politischen Selbsteinstufung in der quantitativen Online-Umfrage war zunächst auffällig, dass sich 37,5 % der Befragten weder links noch rechts einordneten. Ein weiteres Drittel der Befragten verstand sich selbst als eher oder sehr links, 20,3 % verstanden sich als eher oder sehr rechts.

Dabei gab es deutliche Unterschiede in der Selbstverortung zwischen den Geschlechtern (Abb. 13). Unter den weiblichen Befragten war der Anteil derer, die sich als eher oder sehr links verorten mit mehr als einem Drittel um einiges größer als unter den männlichen Befragten (24,9 %). Dementsprechend war unter den Jungen und Männern der Anteil größer, der sich als eher bis sehr rechts (26 %) verortete. Unter den weiblichen Befragten lag dieser lediglich bei 14,1 %. Gleichzeitig wählten unter den weiblichen Befragten 14,7 % die Kategorien „weiß nicht“ oder „keine Angabe“. Unter den männlichen Befragten taten dies lediglich 8,4 %. Es zeigte sich demnach ein leichter politischer Gendergap zwischen Frauen und Männern in der Selbsteinstufung der Befragten insbesondere im moderat linken und rechten Spektrum. Auf den politischen Randpositionen sowie in der exakten Mitte waren die Werte fast identisch. Bemerkenswert war der starke Linkstrend unter queeren Personen, wobei die Gruppe im Datensatz sehr klein war und nicht als repräsentativ betrachtet werden kann.

Abbildung 13: Politische Selbstverortung gruppiert nach Geschlecht, gewichteter Datensatz (n=2096), fehlend: (keine Angabe/weiß nicht)

politische Selbstverortung



Die Teilnehmenden der narrativ-biografischen Interviews aus der Harzregion und der Region Zeitz-Weißenfels waren mehrheitlich klimapolitisch und/oder kommunalpolitisch in Parteien engagiert und ordneten sich selbst dem antifaschistischen und linken Spektrum zu. Das Interesse an politischen Themen entwickelte sich bei den Befragten dabei im Teenageralter oder sogar bereits in der Grundschule.

Auch die Parteiensympathie spielte in den Studien eine zentrale Rolle. In der quantitativen Online-Umfrage wurde gefragt: Wie sympathisch bzw. unsympathisch sind Ihnen die folgenden Parteien oder politischen Gruppierungen? Abbildung 14 zeigt die Ergebnisse aller Befragten. Die Partei, bei der der größte Anteil der Befragten angab, sie sehr oder eher sympathisch zu finden, war die SPD mit insgesamt 36,1 %. Aber auch die CDU/CSU wurde von über einem Drittel als eher oder sehr sympathisch eingeordnet. Knapp ein Drittel der Befragten fand die Partei Bündnis 90/Die Grünen eher oder sehr sympathisch. Gleichzeitig gaben aber auch über 50 % an, sie unsympathisch zu finden. Die AfD bewerteten sogar 68,6 % der befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen als eher oder sehr unsympathisch, aber ein knappes Fünftel (19,6 %) gab an, sie eher oder sehr sympathisch zu finden. Dabei fiel auch auf, dass lediglich 8,5 % der Be-

fragten nach der Sympathie der AfD gefragt „keine Angabe“ oder „weiß nicht“ auswählten. Im Vergleich zu allen Parteien war dies der geringste Anteil und zeigte, dass es den Befragten bei der AfD am wenigsten schwer zu fallen, schien sich zu positionieren.

Mit Blick auf die Einschätzungen der Befragten zur Sympathie der verschiedenen Parteien werden hier auch Zusammenhänge mit dem Zustimmungsverhalten bei anderen Aussagen dargestellt. So zeigten sich Zusammenhänge zwischen der Zustimmung zum Klimawandelleugnungsindex⁶ und der angegebenen Parteiensympathie. Es gab einen signifikanten Zusammenhang⁷ zwischen der Zustimmung zu Aussagen der Klimawandelleugnung und der Ablehnung von Sympathie für das Bündnis 90/Die Grünen. Personen, die also höhere Zustimmung auf dem Klimawandelleugnungs-Index hatten, fanden Bündnis 90/Die Grünen tendenziell unsympathischer. Gleichzeitig zeigte sich, dass Personen, die den Klimawandel stärker leugneten oder ihm skeptischer gegenüberstanden, tendenziell eher angaben, die AfD sympathischer zu finden (niedrigere Unsympathie-Werte).⁸

Ein ähnliches Bild zeigte sich mit Blick auf die Zustimmung zu äußerst rechten Aussagen. Auch hier wurde ersichtlich, dass Personen, die die AfD weniger sympathisch finden, tendenziell

6 Mittelwertindex der Likertskalierten (1= „lehne diese Aussage vollkommen ab“ bis 5= „stimme dieser Aussage vollkommen zu“) Items:

- Es gibt keine ausreichenden wissenschaftliche Belege dafür, dass es einen Klimawandel gibt.
- Der Klimawandel ist nicht von Menschen gemacht.
- Personen, welche in der Öffentlichkeit dem Klimawandel skeptisch gegenüberstehen, werden unfair behandelt.
- Die herrschende Klimapolitik ist vor allem ideologisch getrieben.
- Nicht das Klima ist bedroht, sondern unsere Freiheit durch die Klimapolitik.
- Die Umweltproblematik wird von vielen Umweltschützern stark übertrieben.

7 ($\rho = 0,241$, $p < 0,001$)

Ein p -Wert von weniger als 0,001 deutet darauf hin, dass die beobachtete Korrelation statistisch signifikant ist.

Der Spearman-Korrelationskoeffizient ρ von 0,241 deutet auf eine schwache positive monotone Beziehung zwischen den untersuchten Variablen hin (kann Werte von -1 bis $+1$ annehmen).

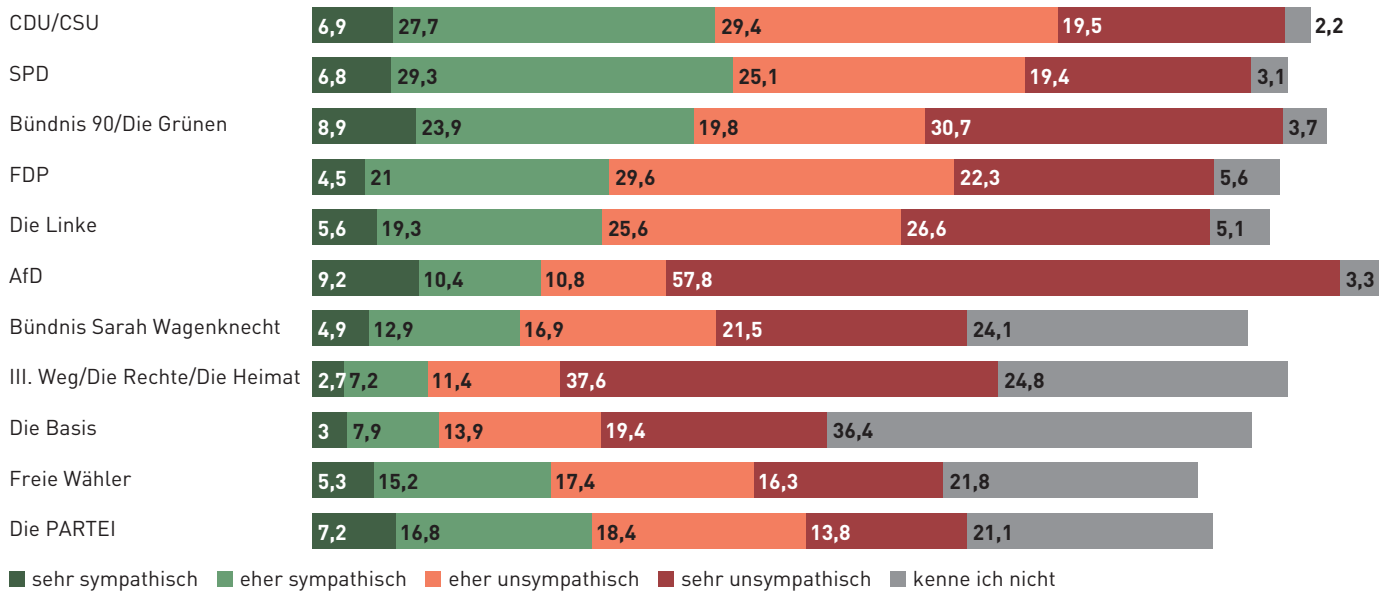
8 $\rho = -0,374$, $p < 0,001$

niedrigere Zustimmungswerte zum Index äußerst rechte Einstellung⁹ haben.¹⁰ Für die Sympathie dem Bündnis 90/Die Grünen gegenüber zeigte sich ein umgedrehtes Bild: Befragte, die die Partei sympathischer fanden, hatten dementsprechend tendenziell niedrigere Zustimmungswerte zu äußerst rechten Einstellungen.¹¹

Die Ergebnisse verdeutlichten außerdem, dass viele, vor allem kleinere Parteien, unter den Befragten nicht bekannt waren. Bei Die Basis gab über ein Drittel an, die Partei nicht zu kennen. Auch die extrem rechten Parteien Der III. Weg, Die Rechte und Die Heimat (früher NPD) waren bei den Befragten recht unbekannt (24,8 %). Weitere 49 % fanden sie jedoch eher oder sehr unsympathisch.

Abbildung 14: Parteisympathie, gewichteter Datensatz, n=2099 (fehlend: weiß nicht/keine Angabe)

Wie sympathisch bzw. unsympathisch sind Ihnen die folgenden Parteien oder politischen Gruppierungen?



Da die Rezeption von äußerst rechten Narrativen und Akteur*innen ein zentrales Kernelement der qualitativen und quantitativen Studien darstellte, kamen die AfD und äußerst rechte Kleinparteien wie der III. Weg auch in den Interviews mehrfach zur Sprache. Dabei wurde die AfD von nahezu allen Interviewteilnehmer*innen abgelehnt, allerdings zeigten sich deutlich zwei verschiedene Weisen, wie mit ihr umgegangen wurde: Zum einen manifestierte sich eine „Sprecher*innenproblematisierung“, bei der die AfD als Akteurin in Gänze aufgrund ihrer antidemokratischen Tendenzen abgelehnt und nicht als Teil des demokratischen Diskurses akzeptiert wurde: „AfD gehört übrigens meiner Meinung nach übrigens verboten“ (Ben). Auch wurde angemerkt, dass die AfD noch nie Regierungsverantwortung innehatte und sich daher noch nie auf dieser Ebene beweisen müssen:

Es ist halt einfacher als eine Partei, die noch nie an der Regierung war, dann zu sagen, die machen alles besser als eine Partei, sei es jetzt mal dahingestellt, ob des CDU ist, ob es Grüne ist, ob es FDP oder SPD ist, ne? Die waren ja alle irgendwo schon mit an der Regierung. Und natürlich, wenn man an der Regierung ist, passieren Fehler und natürlich ist es einfacher auf Fehler zuzugreifen und drauf den Finger zu zeigen als eine Partei, die noch nie an der Regierung war. (Fredy)

9 Mittelwertindex der Likertskalierten (1 = „lehne diese Aussage vollkommen ab“ bis 5 = „stimme dieser Aussage vollkommen zu“) Items:
 – Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert.
 – Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.
 – Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.
 – Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen.
 – Es gibt geheime Organisationen, die großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben.
 – Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.

10 (r=-0,400, p<0,001)
 Der Pearson-Korrelationskoeffizient r von -0,400 zeigt eine moderate negative lineare Beziehung zwischen den untersuchten Variablen an. Dies bedeutet, dass mit steigenden Werten der einen Variable tendenziell fallende Werte der anderen Variable verbunden sind (kann Werte zwischen -1 und +1 annehmen).

11 (r=0,153, p<0,001)

Zum anderen gab es trotz zuvor geäußerter Ablehnung der AfD vor allem in einem Gruppeninterview positive Bezugnahmen auf Narrative der AfD (siehe dazu auch Kapitel 4.7). Besonders auffällig war dabei, dass in dieser Gruppe die geschlossene Zustimmung zu einem äußerst rechten Impuls zusammen mit starker Kritik an der Partei Bündnis 90/Die Grünen und der sogenannten „Ampelkoalition“ gedacht wurde:

Jennifer:

Nein, das von der AfD finde ich gut. Also ich kann auch sagen, ich werde definitiv nicht DIE GRÜNEN wählen, weil wir bereits gesagt haben, die machen nichts, finde ich. Die machen nur Müll.

Celine: Ja, stimmt.

Jennifer: Die Ampelkoalition ist das Schlimmste, was uns jetzt passiert ist. Das ist schrecklich. Das ist genauso wie: Jeder hasst die AfD, jeder hasst Der III. Weg. Und trotzdem machen die dann sowas Gutes. Die machen wirklich was, während die anderen nur dasitzen und labern.

Celine: Alle nur dumm rumsitzen.

Daraus lässt sich schließen, dass Versuche der AfD und anderer äußerst rechter Akteur*innen, das Bündnis 90/Die Grünen zum Feindbild zu stilisieren, bei jungen Menschen durchaus Erfolg haben können. Dies wurde auch daran ersichtlich, dass ein Interviewter das Bündnis 90/Die Grünen als Gegenpol zur AfD betrachtete und als „linksextrem“ einstufte. Diese Person gab dabei an, das Bündnis 90/Die Grünen wie die AfD abzulehnen. Zudem konnte beobachtet werden, dass andere bedeutende Parteien wie die CDU, SPD oder die FDP wesentlich seltener als die AfD und das Bündnis 90/Die Grünen in den Diskussionen zur Sprache kamen, was auch als Indiz für die Polarisierung zwischen beiden Parteien gedeutet werden kann.

In den qualitativen Interviews kam allerdings auch politische Heimatlosigkeit zur Sprache. Diese wurde damit begründet, dass sich Akteur*innen von keiner Partei in Deutschland vollständig repräsentiert fühlten. Eine Person erzählte diesbezüglich, dass sie Potential bei den neu gegründeten Parteien sehe, die von ihr wahrgenommene politische Repräsentationslücke zu schließen:

Naja,

jetzt ganz neu wahrscheinlich dann die Partei um Sahara Wagenknecht. Die könnte man jetzt zum Beispiel auch als Protestpartei wählen. [...] Ich finde es auf jeden Fall gut, dass auch andere Parteien/Also die Werte Union hat sich ja jetzt auch gegründet, aber da habe ich mich jetzt nicht wirklich mit beschäftigt, ehrlich gesagt, was die jetzt macht. Ähm, ja, also das ist jetzt halt auch einfach ein bisschen frischer Wind in diese alte Parteienlandschaft mit reinkommt und das vielleicht auch ein paar andere Ansätze, vielleicht auch gefunden werden mit den neuen Parteien. (Timo)

Die Ergebnisse zeigen, dass politische Selbsteinstufung und Parteiensympathien maßgeblich die Einstellung junger Menschen zu klimapolitischen Themen und äußerst rechten Narrativen beeinflussten. Auffällig war dabei der politische Gendergap sowie die starke Polarisierung zwischen Sympathien für Bündnis 90/Die Grünen und die AfD. Trotz der allgemeinen Ablehnung gegenüber äußerst rechten Parteien wie der AfD, gab es jedoch auch vereinzelte positive Reaktionen auf deren spezifische Narrative, insbesondere wenn sie zur Abwertung von Bündnis 90/Die Grünen genutzt werden konnten.

4.6 Nutzung und Kritik von Medien und Sozialen Netzwerken

In den qualitativen Interviews wurde auch die Rolle von sozialen Medien im Leben der Teilnehmenden diskutiert. Dabei wurde die Präsenz von äußerst rechten und verschwörungsideologischen Akteur*innen in den sozialen Medien besprochen. Auch die Mediennutzung der Teilnehmenden und kritischer Umgang mit medialen Inhalten waren Teil dieses Themenkomplexes.

Wie bereits in Kapitel 4.5 „Parteiensympathie und politische Selbstverordnung“ angesprochen, berichteten (Klima-)politisch aktive Teilnehmer*innen in den qualitativen Interviews, dass das Internet und insbesondere die sozialen Medien einen erheblichen Einfluss auf ihre Politisierung hatten. Eine politisch aktive Person erzählte dazu, dass niedrigschwellige politische Beiträge in den sozialen Medien seine Politisierung maßgeblich beeinflusst hätten:

Also

die reine Politisierung fand, glaube ich insofern statt, dass ich auf Instagram immer so Beiträge in meinem Feed hatte von DIE PARTEI, die relativ lustig und satirisch waren und dann die Forderungen dahinter auch immer irgendwie doch wichtig gewesen sind oder und richtig aus meiner Sicht waren.

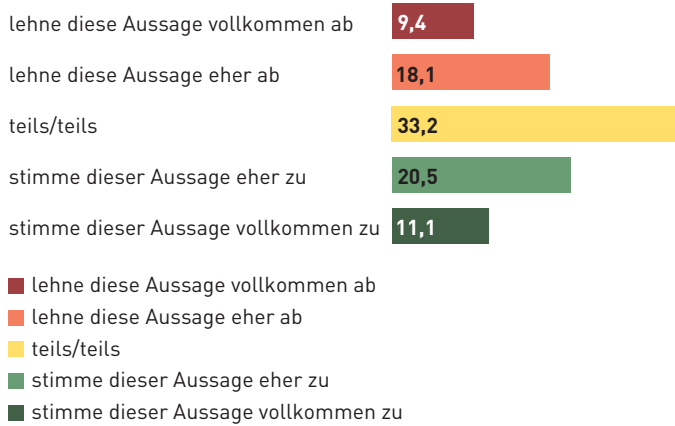
(Oliver)

Ebenso gab ein Teilnehmer an, sich meist über Youtube-Kanäle (Mr. Wissen to go, Funk-Formate, Strg-F und Rezo) politisch zu informieren.

In der quantitativen Umfrage zeigte sich ebenfalls, dass das Internet für die Befragten jungen Menschen eine bedeutende Rolle für die Informationsbeschaffung spielte. So stimmte fast ein Drittel der Befragten der Aussage, dass es echte Informationen nur außerhalb der offiziellen Medien, etwa bei Youtube, TikTok, Telegram oder anderen gäbe, vollkommen oder eher zu (31,6%). Lediglich knapp 10% lehnten diese Aussage vollkommen ab und ein Drittel wollte sich nicht festlegen. Während ein signifikanter Teil der Befragten offizielle Medien demnach nicht bevorzugte, blieb ein erheblicher Anteil entweder skeptisch gegenüber den genannten Kanälen oder unentschlossen (Abb. 15).

Abbildung 15: Informationen offizielle Medien, gewichteter Datensatz, n=2099 (fehlend: weiß nicht/keine Angabe)

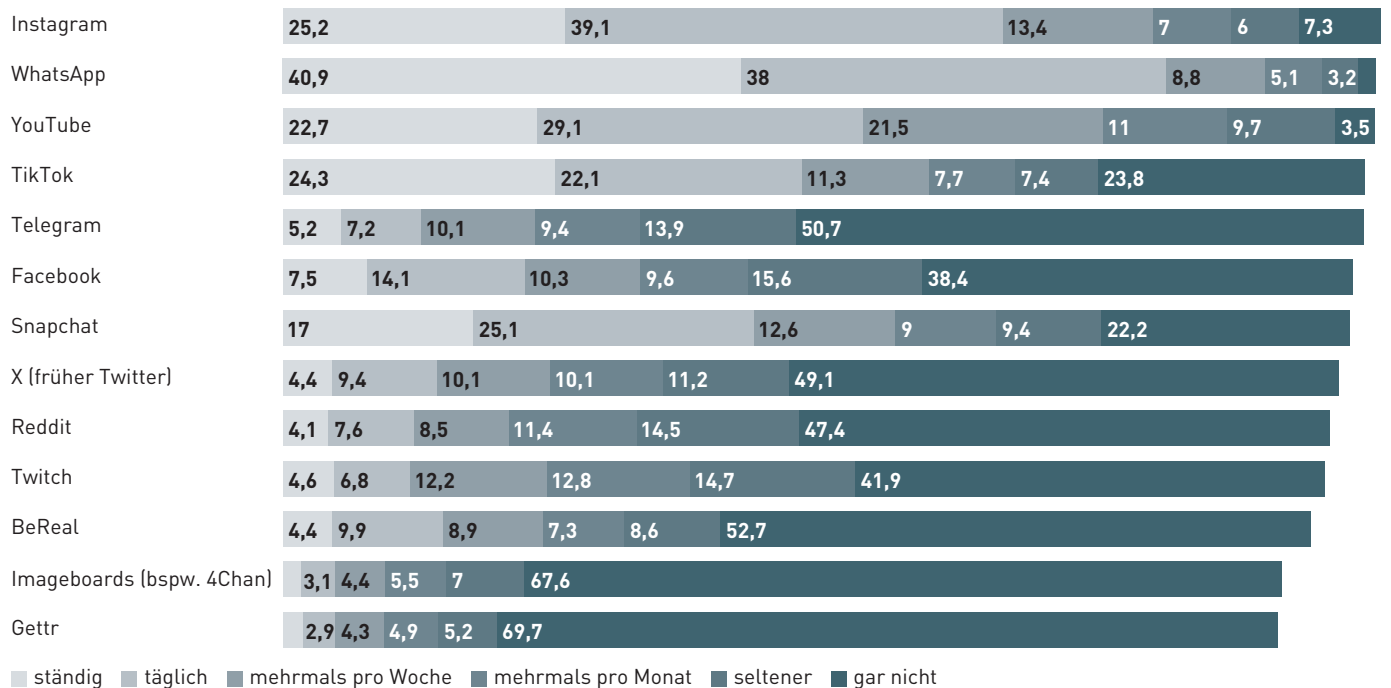
Echte Informationen gibt es nur außerhalb der offiziellen Medien, etwa bei Youtube, TikTok, Telegram oder anderen.



Die Frage, wie häufig die Teilnehmenden verschiedene soziale Medien nutzen, wurde aufgrund der vermehrten Nennung von unterschiedlichen sozialen Medien in den Fragekatalog mit aufgenommen. Fast 80 % aller Befragten und damit ein überwiegender Teil, gab an, mindestens täglich den Messengerdienst Whatsapp zu nutzen. Die Plattformen Instagram und TikTok, die schon in den qualitativen Interviews oft genannt wurden, wurden von einem großen Anteil der bundesweit Befragten sehr häufig benutzt. Circa ein Viertel gab an, Instagram ständig zu nutzen, 40 % gaben an, es zumindest täglich zu nutzen. Besonders bei TikTok fiel auf, dass nicht nur der Anteil derer, die die App sehr häufig nutzen, hoch ist, sondern auch knapp ein Viertel die App gar nicht nutzte (Abb. 16).

Abbildung 16: Häufigkeit Mediennutzung, gewichteter Datensatz, n=2099 (fehlend: weiß nicht/keine Angabe)

Wie häufig nutzen Sie die folgenden sozialen Netzwerke?



Obwohl viele Teilnehmer*innen der qualitativen Interviews aussagten, sich über das Internet und die sozialen Medien politisch zu informieren, übten sie auch Kritik an dieser Form des politischen Raums. Dabei wurde besonders TikTok sehr häufig kritisiert. So berichteten und kritisierten Befragte, dass ihnen in den sozialen Medien vermehrt Inhalte von äußerst rechten Akteur*innen vorgeschlagen wurden. Oliver richtete seine Kritik dabei besonders an die Taktik dieser Akteur*innen, Plattformen für junge Menschen, wie TikTok zu vereinnahmen, da er junge Menschen als besonders anfällig für politische Manipulation und Populismus ansah:

[...]
gerade TikTok ist ja massiv von der AfD eingenommen, [...] weil sobald du TikTok öffnest, hast du irgendwelchen rechten Kram in deiner Timeline. Und dann lässt man sich als junger Mensch dann noch mal verstärkt beeinflussen, obwohl Populismus greift ja in allen Altersschichten. Und junge Menschen sind ja durchaus beeinflussbar. (Oliver)

Andere Teilnehmende erzählten auch davon, dass sie selbst vermehrt auf Falschmeldungen und Fake News in den sozialen Medien stießen:

*Immer
[Konfrontation mit Falschmel-
dungen]. Eigentlich fast jeden Tag. Also auch
dann vom gefakten Bild oder Anhang, also von Reporten
halt einfach, die eigentlich gar nicht der Wahrheit entspre-
chen, die irgendwie zusammengefotoshopt wurden, dass es so
aussieht, als hätte irgendeine professionelle Nachrichten-
seite Sachen hochgeladen, die halt eigentlich gar
nicht stimmen. Das passiert schon ziemlich
oft. (Gregor)*

Hass in den sozialen Medien wurde ebenfalls in den qualitativen Interviews besprochen. In einem narrativ-biografischen Einzelinterview berichtete Lisa aus der Region Zeitz-Weißenfels, dass sie während ihrer Schulzeit oft an (Klima-)politischen Aktionen an ihrer Schule teilnahm und dadurch selbst erste Erfahrungen mit Hasskommentaren in den sozialen Medien machen musste:

*Das
Problem war nur da, dass wir
unser Vorhaben öffentlich gemacht haben und da
schon auf Facebook Reaktionen kamen wie: „Warum
verseucht ihr unsere Kinder mit eurem ekligen Gedankengut?“
Ich kann die Worte nicht wiedergeben, weil ich möchte die
nicht verwenden, aber auf jeden Fall menschenver-
achtende Worte. (Lisa)*

Insgesamt zeigte sich eine wichtige Bedeutung sozialer Medien für die politische Politisierung und Informationsbeschaffung der befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen, wobei Plattformen wie Instagram und YouTube in den Interviews eine zentrale Rolle spielten. Gleichzeitig äußerten die Befragten Bedenken hinsichtlich der Präsenz von äußeren rechten und verschwörungsideologischen Inhalten sowie der Verbreitung von Fake News auf diesen Plattformen. Besonders TikTok wurde wegen der starken Verbreitung rechter Inhalte kritisiert.

4.7 Äußerst rechte Einstellungen (zum Klimawandel) bei jungen Menschen

Zusätzlich zu den Themen Klimawandel und lokale Transformationsprozesse wurden die Teilnehmenden der Studie auch zu äußerst rechten und verschwörungsideologischen Narrativen befragt. Auf welche Resonanz stießen diese Narrative? Was begünstigte die Zustimmung und was die Ablehnung äußerst rechter und verschwörungsideologischer Ideen zum Thema Klimawandel und Transformation?

Positionen von Akteur*innen aus dem äußerst rechten und verschwörungsideologischen Spektrum zu den Themen Klimawandel und zu den lokalen Transformationsprozessen stießen bei der Mehrheit der Befragten der qualitativen Erhebung

auf Ablehnung. Die Befragten der Gruppeninterviews zeigten sich überwiegend quellenkritisch und lehnten die äußerst rechten und verschwörungsideologischen Impulse sowohl aufgrund ihrer Inhalte als auch aufgrund ihrer argumentativen Form ab. So wurden einzelne Narrative als „Propaganda“ markiert und in der Folge abgelehnt. Die meisten Befragten kritisierten auch einzelne Begriffe (wie zum Beispiel „Klimaideologen“) und dechiffrierten sie unter anderem als unzutreffend, spalterisch und populistisch. Zudem zeigte sich zum Teil ein hohes Reflektionsniveau: So problematisierten die Befragten einer Gruppe sich selbst, als sie bemerkten, dass sie Narrative von äußerst rechten Quellen als plausibel wahrnahmen oder ihnen zustimmen konnten. **In mehreren Gruppen zeigte sich, dass das (Vor-) Wissen einzelner Teilnehmer*innen einen positiven Einfluss auf die kritische Haltung der gesamten Gruppe hatte.** Äußerst rechte und verschwörungsideologische Ideen zum Thema Klimawandel und Transformation stießen ebenfalls bei den Befragten (der narrativ-biografischen) Interviews auf Ablehnung. Die Befragten, die zum Zeitpunkt der Erhebung teilweise selbst klimapolitisch engagiert waren, beschrieben eine starke Spaltung in ihrer Generation zwischen einem rechtspolitischen und einem linkspolitischen Lager in ihrer Region. Neben dieser Wahrnehmung berichtete eine Befragte auch von konkreten Anfeindungen bei klimapolitischen Aktionen. Auch wenn unklar war, welche Motivation hinter den Anfeindungen stand, interpretierte die Betroffene diese hauptsächlich als Ergebnis einer generellen Politikverdrossenheit bis hin zu einer Zuwendung zu äußerst rechten politischen Akteur*innen bei Teilen der lokalen Bevölkerung. Die konkrete Mobilisierung äußerst rechter Akteur*innen gegen Windkraftanlagen führte in einem Fall auch dazu, dass Befragte politisch gegen äußerste Rechte und für Klimaschutz aktiv wurden. Aber nicht nur die persönliche Betroffenheit durch Anfeindungen oder Mobilisierungen führte zur Ablehnung äußerst rechter Narrative zu Klima und Transformation. Eine Befragte machte deutlich, dass äußerst rechte Angebote, die sich den Anschein geben, für Klima und Natur zu stehen, grundsätzlich widersprüchlich seien:

*Aber es
ist halt einfach gelogen [...] Ich
habe das Gefühl, wer rechts ist, der kann nicht
klimafreundlich sein. Also das schließt einander aus.
Klimagerechtigkeit bedeutet auch irgendwie die soziale
Gerechtigkeit. Und soziale Gerechtigkeit heißt vor allem, nicht
Verfassungswidrigkeiten oder verfassungswidrige Äußerun-
gen zu bringen gegen Menschen. Und das machen
ja rechte Menschen. (Lisa)*

Neben den oben bereits erwähnten Gründen, Narrative der äußersten Rechten abzulehnen, führte folglich auch die persönliche Betroffenheit als auch grundsätzliche politische Überzeugungen zu dieser Haltung.

In mehreren Gruppen wurde äußerst rechten Impulsen teilweise zugestimmt, was sich einerseits mit einem Mangel an Vorwissen über die Quellen der Impulse erklären ließe, andererseits eine Folge der Gruppendynamik sein könnte. In einer Fokusgruppe wurden die äußerste rechten Impulse deutlich stärker befür-

wortet als in den anderen. Die Impulse wurden in dieser Gruppe kaum eingeordnet, dagegen bestimmten vielmehr direkte und unwidersprochene Reaktionen einzelner Befragter die gesamte Diskussion. Rechte Angebote wurden in dieser Gruppe von Einzelnen explizit positiv bewertet, insofern die Teilnehmenden diese als (uneigennütigen) Aufruf, aktiv zu werden, interpretierten: Die „Harzer Waldkonferenz“ der AfD sah eine Teilnehmende als „eigentlich gut, dass mal wirklich was angeboten wird“ (Hanna), das Plakat des „III. Wegs“ wurde von einem Teilnehmer als „besser als das, was DIE GRÜNEN machen“ (Nils) bewertet. Die Relativierung äußerst rechter Akteur*innen und die positive Bewertung ihres vermeintlichen Einsatzes für die Natur und Umwelt lässt sich besonders an dieser Aussage illustrieren:

Natürlich, ja, die AfD hat ihren Ruf weg, genauso wie Der III. Weg in dem Sinne. Man sagt immer: Also wenn man die wählt, dann äh. Aber bei sowas ist es ja dann doch gut, wie sie sich einsetzen. (Jennifer)

Im Vergleich der Gruppen zeigte sich, welche Relevanz deutungsmächtige Sprecher*innen innerhalb der Gruppen für die Meinungsbildung haben. ‚Laute‘ Stimmen wurden in den Gruppeninterviews gehört und beeinflussten die inhaltliche Entwicklung des Diskussionsverlauf – egal ob zustimmend oder ablehnend: Wenn es von Einzelnen eine klare Abgrenzung gegen Rechtsextremismus gab, neigte die Gruppe dazu, einzustimmen – wenn aber die Zustimmung zu äußerst rechten Positionen die Diskussion dominierte, stimmten auch die ‚stillen‘ Teilnehmenden in der Tendenz zu.

Neben den Impulsen in den qualitativen Erhebungen wurden die Befragten in der quantitativen Erhebung mit verschiedenen Aussagen, unter anderem mit Klimabezug, konfrontiert. Dabei handelte es sich nicht zwangsläufig immer um originär rechts-extreme Aussagen oder Inhalte, immer aber um Argumente und Narrative, die von Akteur*innen der äußersten Rechten diverse teilweise übernommen wurden.

Abbildung 17: (Äußerst) rechte Klimanarrative gewichteter Datensatz, n=2099 (fehlend: weiß nicht/keine Angabe)

(äußerst) rechte Klimanarrative

Der Klimawandel wird als politisches Instrument benutzt, um noch mehr Geld aus den Steuerzahlenden herauszupressen.



Nicht das Klima ist bedroht, sondern unsere Freiheit durch die Klimapolitik.



Anstatt dem Weltklima sollten wir Deutsche zuerst unsere Heimat retten.



Wer die Frage nach dem ökologischen Fußabdruck stellt, den das Bevölkerungswachstum in Entwicklungsregionen wie in Afrika hinterlässt, der macht sich schnell des „Rassismus“ verdächtig.



Die Klimalobby will mit grün angestrichener Industrie angeblich das Klima retten



Meine schlimmste Befürchtung ist, dass wir eine Öko-Diktatur bekommen.



- lehne diese Aussage vollkommen ab
- lehne diese Aussage eher ab
- teils/teils
- stimme dieser Aussage eher zu
- stimme dieser Aussage vollkommen zu

Dazu gehörten Narrative wie die Annahme, dass der Klimawandel als politisches Instrument genutzt werde, um noch mehr Geld aus den Steuerzahlenden herauszupressen; dass nicht das Klima, sondern unsere Freiheit durch die Klimapolitik bedroht sei oder dass wir Deutschen zuerst unsere Heimat anstatt das Klima retten sollten. Der Aussage stimmten fast 41,3 % aller Befragten eher oder vollkommen zu. In der Reihe dieser Aussagen bekam dieses Narrativ somit die höchste Zustimmung. Lediglich ein Zehntel (10,3 %) lehnte sie vollkommen ab. Wie schon bei einigen Items zuvor, war der Anteil der teils/teils-Kategorie hier mit einem Viertel der Befragten recht groß. Viele Jugendliche und junge Erwachsene schienen in der Einordnung dieser Aussage entweder unentschlossen zu sein, sich nicht klar posi-

tionieren zu wollen oder in Teilen zuzustimmen. Ein ähnliches Bild zeigte sich bei den in Abbildung 17 aufgeführten (äußerst rechten) Klimanarrativen, wie „Nicht das Klima ist bedroht, sondern unsere Freiheit durch die Klimapolitik“. Auch hier stimmte jeweils ein Viertel der Befragten der Aussage teilweise zu bzw. lehnte sie teilweise ab. Obwohl die Zustimmung hier insgesamt etwas geringer ausfiel, lag sie noch immer bei 28,4 % aller Befragten, während über 40 % die Aussage vollkommen oder eher ablehnten.

Auffällig war, dass bei der Aussage, dass „wir Deutsche zuerst unsere Heimat retten“ sollten statt das Weltklima, der Anteil der Befragten, die mit „weiß nicht“ oder „keine Angabe“ antwor-

te, mit knapp 5 % am geringsten war. Über ein Drittel stimmte in der Onlinebefragung eher oder vollkommen zu, fast genauso viele Befragte lehnten sie ab. Auch hier wählten die teils/teils-Kategorie wieder ein Viertel der Befragten aus und stimmte damit zumindest latent zu.

Zwei (äußerst) rechte Klimanarrative, die in der Befragung ähnliche Zustimmungswerte bekamen, waren „Wer die Frage nach dem ökologischen Fußabdruck stellt, den das Bevölkerungswachstum in Entwicklungsregionen wie in Afrika hinterlässt, der macht sich schnell des ‚Rassismus‘ verdächtig“ und „Die Klimalobby will mit grün angestrichener Industrie angeblich das Klima retten“. Während in der ersten Aussage ökologische Probleme in den Globalen Süden externalisiert, rassistisch aufgeladen und globale Ungerechtigkeitsverhältnisse, Verteilungs- und Ressourcenprobleme unsichtbar gemacht werden, suggeriert das zweite, dass Bemühungen für mehr Klimaschutz und grüne Industrie lediglich Lobbyarbeit für Industrie sei, die diesem nachhaltigen Anspruch nicht nachkäme. Beiden Aussagen stimmte circa ein Drittel aller Befragten eher oder vollkommen zu und nur ein gutes Viertel lehnte sie eher oder vollkommen ab. Auch hier war die teils/teils-Kategorie mit gut 28 % erneut sehr groß.

Unter den befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen stimmten 31,6 % zu, dass ihre schlimmste Befürchtung eine Öko-Diktatur sei. Mit 37,7 % ist aber der Anteil derer, die diese Aussage eher oder vollkommen ablehnen, größer. Gleichzeitig fällt im Vergleich mit den anderen Aussagen auf, das die teils/teils-Kategorie hier zwar mit 23,4 % immer noch recht groß ist,

hier aber am kleinsten. Somit scheint es den Befragten hier am leichtesten gefallen zu sein, sich deutlich festzulegen.

Insgesamt zeigte sich in der Onlinebefragung deutlich, dass (äußerst) rechte Klimanarrative unter den befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen durchaus hohe Zustimmungswerte erzielten. Lediglich drei der sechs Narrative wurden von einem größeren Teil der Befragten abgelehnt. Außerdem zeigte sich, dass große Teile in der Einschätzung der Narrative unentschieden waren oder sich nicht klar zustimmend oder ablehnend positionieren mochten.

Extrem rechte Einstellungen insgesamt

In diesem Zusammenhang war es relevant herauszufinden, inwieweit äußerst rechte Narrative auch über einen Klimabezug hinaus unter den befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen Anklang fanden. Hierfür wurden den Teilnehmenden der Onlinebefragung einige Aussagen vorgelegt, die verschiedene Ungleichwertigkeitsvorstellungen beinhalten und somit verschiedene Dimensionen des Rechtsextremismus umfassten.¹²

Mit einem Blick auf Abbildung 18 zeigte sich, dass durchaus große Teile der Befragten den vorgelegten autoritären, nationalistischen, aber auch antisemitischen und rassistischen Aussagen eher oder sogar vollkommen zustimmten. Wie auch schon bei den Klimanarrativen waren die teils/teils-Kategorien auch hier sehr groß. Unter den Befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen schien es demnach außerdem große Teile zu geben, die diesen Aussagen zumindest nicht gänzlich widersprachen und/oder sich nicht klar positionieren mochten.

Abbildung 18: Zustimmung äußerst rechte Einstellung, gewichteter Datensatz, N=2099 (fehlend: weiß nicht/keine Angabe)

Zustimmung zu äußerst rechten Einstellungen

Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert.



Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.



Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.



Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen.



Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.



Nicht nur unsere Umwelt, sondern auch unser Volk muss rein gehalten werden.



- lehne diese Aussage vollkommen ab
- lehne diese Aussage eher ab
- teils/teils
- stimme dieser Aussage eher zu
- stimme dieser Aussage vollkommen zu

¹² Die ausgewählten Items werden so auch in den Befragungen der Leipziger Autoritarismusstudie (zuletzt Decker, Kiess et al. 2022) und der "Mitte-Studie" (zuletzt Zick, Küpper et al. 2023) verwendet. In der RIOET-Befragung wurden nur einzelne Aussagen zur Abfrage der einzelnen Rechtsextremismusedimensionen abgefragt. Differenzierte Aussagen zu bestimmten Ungleichwertigkeitsvorstellungen sind daher begrenzt, die vorliegenden Ergebnisse geben aber einen guten Einblick in die Zustimmung zu äußerst rechten Aussagen insgesamt.

Die höchste Zustimmung bekam in dieser Auflistung der autoritäre Wunsch nach einer einzig starken Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpern soll. Dem stimmten über ein Drittel aller Befragten eher oder vollkommen zu und damit ein größerer Anteil als derer, die die Aussage ablehnten (eher oder vollkommen). Ähnlich hohe Zustimmung bekam die Aussage „Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland“. Ein Drittel der Befragten war nationalchauvinistischen Einstellungen dementsprechend zugewandt. Weitere über 30 % stimmten zumindest in Teilen zu. Weniger Zustimmung bekamen die rassistische Aussage „die Ausländer kommen nur hierher, um den Sozialstaat auszunutzen“ (24,1 %) und das antisemitische Item, dass Juden mehr als andere Menschen mit üblen Tricks arbeiten würden, um das zu erreichen, was sie wollen (17,6 %). Besonders spannend ist hier, dass der Anteil derjenigen, die teils/teils auswählten, mit 18,7 % auch hier recht groß war, aber im Vergleich zu den anderen Aussagen doch am geringsten. Gleichzeitig war hier der Anteil derer, die „keine Antwort“ oder „weiß nicht“ ankreuzten, mit 13 % am größten. Demnach schien sich ein großer Teil der Jugendlichen und jungen Erwachsenen nicht zu dem antisemitischen Item zu äußern wollen, diejenigen, die sich aber äußern wollten, sich tendenziell auch klarer positionierten.

Bezüglich sozialdarwinistischer Orientierungen teilte in der vorliegenden Befragung ein Fünftel der Befragten (20,4 %) und damit auch hier ein erheblicher Anteil die Vorstellung, dass soziale und gesellschaftliche Dynamiken durch das Gesetz des Stärkeren geregelt sein sollten.

Die Aussage „Nicht nur unsere Umwelt, sondern auch unser Volk muss rein gehalten werden“ bezog sich auf den völkischen Wunsch nach der „Reinheit des Volkes“ und der Einheit zwischen „Blut und Boden“ und wurde daher mit abgefragt. Insgesamt 11,4 % aller Befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen stimmten dieser Aussage vollkommen zu, 21,5 % eher und 23,5 % äußerten sich unentschlossen (teils/teils). Nur ein gutes Fünftel lehnte die Aussage vollkommen ab.

Die geringe vollkommene Ablehnung der vorgestellten menschenfeindlichen Aussagen und die damit einhergehende fehlende Distanz zu äußerst rechten Narrativen und Einstellungen ist aus einer demokratischen Perspektive alarmierend. Unterschiede im Zustimmungsverhalten zeigten sich außerdem innerhalb verschiedener Befragungsgruppen in der Onlinebefragung.

Abbildung 19 veranschaulicht, dass es signifikante Unterschiede in der Zustimmung zu äußerst rechten Aussagen zwischen den verschiedenen Geschlechtern gab.¹³ Demnach erreichten die befragten Jungen und Männer im Durchschnitt höhere Zustimmungswerte auf dem Index äußerst rechte Einstellung (2,89) als Frauen und Mädchen (2,66) und der kleinen Gruppe von diversgeschlechtlichen Befragten (2,6).¹⁴

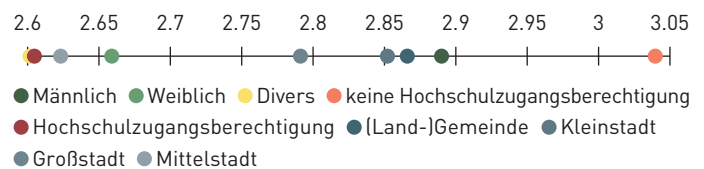
Mit Blick auf die Größe der Wohnorte der Befragten, zeigte sich, dass es auch hier signifikante Unterschiede¹⁵ in der Zustimmung zum Index äußerst rechte Einstellung gab. Dabei war die Zustimmung zum Index tendenziell in kleineren Gemeinden (2,85) und Städten (2,87) höher und in Großstädten am niedrigsten (2,62).

Der größte Unterschied¹⁶ fand sich aber im Vergleich der Mittelwerte der Befragten unter Berücksichtigung ihrer (angestrebten) Schulabschlüsse. Während die Befragten mit einer Hochschulzugangsberechtigung im Mittel einen in diesem Vergleich recht geringen Zustimmungswert von 2,6 auf dem Index vorwiesen, lagen die Zustimmungswerte der Befragten ohne (angestrebten) Hochschulzugangsberechtigung zu den Aussagen leicht über der mittleren teils/teils-Kategorie.

Abbildung 19: Zustimmungen Index äußerst rechte Einstellung (Mittelwerte), gewichteter Datensatz (fehlend: weiß nicht, keine Angabe)

Zustimmung Index äußerst rechte Einstellung

Mittelwerte



Ein weiterer spannender Blick auf das Zustimmungsverhalten war der auf die Ost/West-Verteilung der Befragten. Hier zeigte sich, dass die Zustimmung zu äußerst rechten Einstellungen unter den Befragten, die derzeit in West- und Ostdeutschland leben, recht ähnlich war, mit einer leicht geringeren Zustimmung unter den in Ostdeutschland lebenden (Abb. 20). In Berlin hingegen war die mittlere Zustimmung etwas höher (2,9), aber noch immer bei einer durchschnittlichen teils/teils-Antwort.

13 (p<0,001)

14 Mittelwertindex der Likertskalierten Items aus Abbildung 17 von 1 = „lehne diese Aussage vollkommen ab“ bis 5 = „stimme dieser Aussage vollkommen zu“

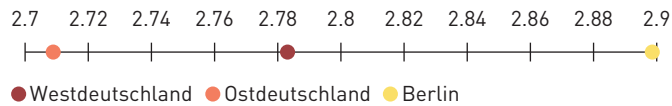
15 (p<0,001)

16 (p<0,001)

Abbildung 20: Zustimmungen Index äußerst rechte Einstellung (Mittelwerte), ungewichteter Datensatz N=1465 (fehlend: weiß nicht, keine Angabe)

Zustimmung Index äußerst rechte Einstellung

Mittelwerte (ungewichteter Datensatz)



Mit Blick auf die Zustimmungen zum Index äußerst rechte Einstellung zeigten sich aber nicht nur Tendenzen im Zustimmungsverhalten verschiedener Gruppen innerhalb der Befragten, sondern auch, wie sich diese im Verhältnis zu anderen abgefragten Aussagen darstellte. **So zeigte sich unter anderem, dass eine höhere Zustimmung zu äußerst rechten Aussagen tendenziell auch mit einer rechteren Selbstverortung einherging.**¹⁷

Jugendliche und junge Erwachsene neigten in dieser Befragung außerdem tendenziell zu höheren Zustimmungen zu Aussagen der Klimawandelleugnung und -skepsis, wenn sie höhere Zustimmungen auf dem Index äußerst rechte Einstellung hatten.¹⁸ **Das verdeutlichte nochmals, dass die Verbindung von äußerst rechten Einstellungen und klimawandelskeptischen Ansichten nicht nur von Seiten äußerst rechter Akteur*innen forciert wird, sondern die ideologische Nähe bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen durchaus verfängt.**

Einstellungen zur Demokratie

Die Zustimmungswerte der befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu Aussagen der äußersten Rechten in der quantitativen Befragung fielen hoch aus. Besonders mit Blick auf die großen Anteile derjenigen, die Aussagen zumindest teilweise zustimmten.

Daher stellte sich die Frage: Wie verhält sich das Zustimmungsverhalten der Befragten im Vergleich hierzu mit Blick auf Aussagen zur Demokratie (Abb. 21). Dabei stimmte über ein Drittel der Aussage „Die deutsche Demokratie funktioniert im Großen und Ganzen ganz gut“ eher oder vollkommen zu, ein weiteres Drittel wählte die teils/teils-Kategorie aus. Über die Hälfte aller Befragten unterstützte Würde und Gleichheit als fundamentale demokratische Werte innerhalb der Gesellschaft und stimmte der Aussage zu, dass diese in der Demokratie an erster Stelle stehen sollten. Dennoch gab es einen mit 14,1 % nicht unerheblichen Teil, der diese Aussage eher oder vollkommen ablehnte. Warum dieser große Anteil der Aussage nicht klar zustimmte, kann an dieser Stelle jedoch nicht beantwortet werden. Der Anteil derer, die die Aussage eher oder vollkommen ablehnten, ist dennoch erheblich.

Lediglich 17 % der Jugendlichen und jungen Erwachsenen lehnten diese Aussage, dass wir uns stärker für eine vielfältige und offene Gesellschaft engagieren müssten, eher oder vollkommen ab. Auch hier war die Kategorie „teils/teils“ mit einem Viertel der Befragten (25,1 %), die sich nicht klar positionieren, recht groß.

Dass in Deutschland ethnisch-kulturelle und religiöse Minderheiten diskriminiert werden, bejahten 36,9 % der Befragten. Über ein Viertel wiederum lehnte auch diese Aussage eher oder vollkommen ab.

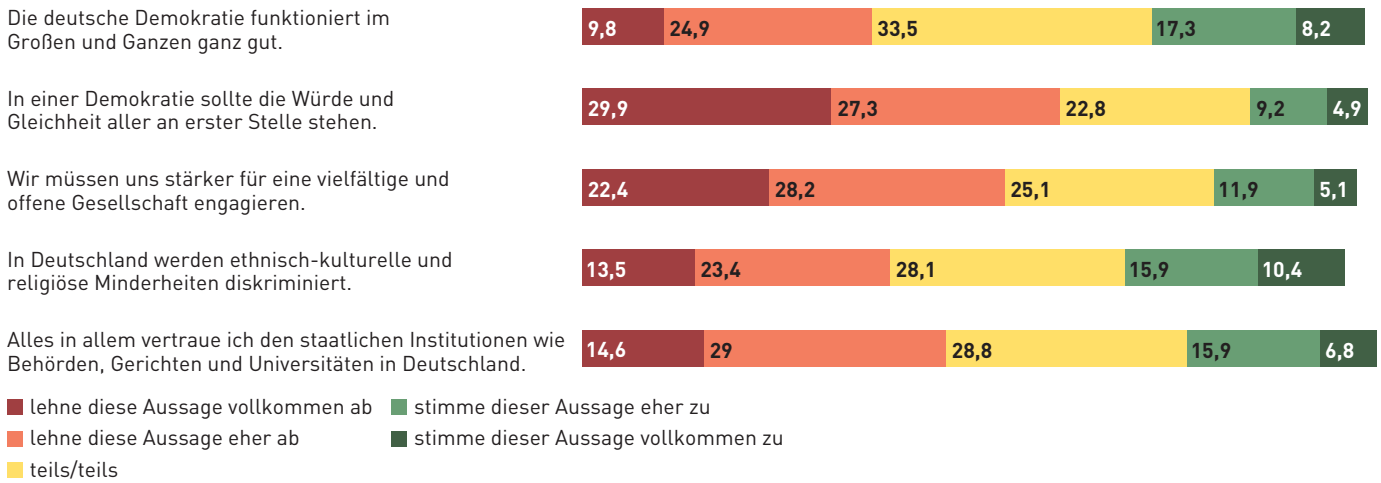
Das Institutionenvertrauen war unter den Befragten mit 43,6 % Zustimmung (eher oder vollkommen) und knapp 30 %, die zumindest teilweise zustimmen, recht groß. Ein gutes Fünftel gab aber an, dieser Aussage nicht zuzustimmen und somit kein grundlegendes Vertrauen in die staatlichen Institutionen wie Behörden, Gerichte und Universitäten zu haben. **Insgesamt zeigten die Ergebnisse, dass es in der deutschen Gesellschaft eine breite Unterstützung für demokratische Werte und ein Engagement für Vielfalt gibt, aber auch bedeutende Minderheiten, die diesen Werten skeptisch gegenüberstehen oder sie ablehnen. Dies weist auf eine Polarisierung und diverse Perspektiven innerhalb der Gesellschaft hin.**

17 (r = 0,343, p<0,001)

18 (p=0,644, p<0,001)

Abbildung 21: Zustimmung Aussagen zur Demokratie, gewichteter Datensatz, N=2099 (fehlend: weiß nicht/keine Angabe)

Umweltaffekt



Allerdings zeigte sich in den Interviews auch, dass (klima)politisches Engagement nicht automatisch mit Vertrauen in das parlamentarische System der BRD einhergehen muss, wie es ein Aktivist der Lüzerath-Protteste aus NRW in Bezug auf das wahrscheinliche Verfehlen des 1,5-Grad-Ziels schilderte:

„Also für mich und so meine Genoss*innen, also mit denen ich politisch arbeite irgendwie, war das keine Überraschung. Also da bestand eh kein Vertrauen in den Parteien oder ins parlamentarische System.“ (Ben)

Von einer anderen Person wurden auch Korruption und Lobbyismus als Gründe für Kritik am parlamentarischen System der BRD und daraus folgender Ablehnung von politischer Partizipation genannt:

„Und der Bundestag muss eine Bevölkerungsvertretung sein, keine Bonzenvertretung. [...] Und deshalb bin ich auch nicht Mitglied einer Partei, weil ich nicht Teil dieses Systems sein will, wo man diesen aktuellen Parlamentarismus/ [...]“. (Ben)

Ebenso wurde politische Entfremdung zwischen der „Arbeiter*innengesellschaft“ und Politiker*innen für politische Depri- vation und wahrgenommene Handlungsunfähigkeit aufgeführt:

„Das ist dann halt wie gesagt in der Politik viel mehr gemacht werden müsste, dass die Arbeitergesellschaft eigentlich gar nicht wirklich was dafür kann, was die Politik entscheidet. Dass halt die Politiker diejenigen sind – was man ja was man ja oft sagt – die wissen nicht immer, wie es in der Arbeitergesellschaft vorangeht. Die sitzen dann in ihren teuren Büros, kriegen ihr Monatsgehalt und haben vielleicht selber noch nie auf dem Bau oder sowas gearbeitet. Die können das halt alles gar nicht so nachvollziehen.“ (Kevin)

Es zeigte sich somit, dass äußerst rechte und verschwörungsideologische Narrative (zum Klimawandel und lokalen Transformationsprozessen) bei den meisten Teilnehmer*innen der Fokusgruppeninterviews auf Ablehnung stießen. Die Ablehnung kam dabei zum einen durch eine „Sprecher*innenproblema- tisierung“ zustande, bei die äußerst rechten die Akteur*innen aufgrund ihrer bekannten politischen Position abgelehnt wurden. Zum anderen fand die Ablehnung dieser Narrative dadurch statt, dass sie dechiffriert und als antidemokratisch erkannt wurden. Fehlendes Vorwissen und Gruppendynamiken konnten allerdings zu Zustimmung führen.

5. Was tun? Handlungsempfehlungen

Die Gesamtergebnisse zeigen, dass äußerst rechte Narrative mit Bezug auf den Klimawandel und seine Folgen und Ursachen unter den befragten Jugendlichen durchaus verfangen. Dabei nähern sich diese Narrative beispielsweise über die Kritik an klimapolitischen Maßnahmen, Klima-Aktivismus, Windkraft, der Stilisierung der Partei Bündnis 90/Die Grünen als Feindbild oder durch das Thema Energiesicherheit an. Auch die komplette Leugnung des (anthropogenen) Klimawandels oder das gegeneinander Ausspielen von Klima- und Umweltschutz sind Teil dieser Diskurse. In Deutschland gibt es eine lange historische Kontinuität, ökologische Themen mit äußerst rechter Ideologie zu verknüpfen, besonders im völkischen Rechtsextremismus. Um ihren Einfluss in ökologischen Milieus weiter zu etablieren und auch lokal zu verankern, versuchen äußerst rechte und verschwörungsideologische Akteur*innen heute, Initiativen und Organisationen wie Anti-Windkraft-Aktionsbündnisse, freiwillige Feuerwehren und Naturschutzvereine zu unterwandern und zu vereinnahmen.

Aus diesen Forschungsergebnissen können die folgenden Handlungsempfehlungen abgeleitet werden.

- **Klimathemen als Anknüpfungsfeld des Rechtsextremismus erkennen!** Die Ergebnisse zeigen, dass eine Zustimmung zu äußerst rechten Narrativen tendenziell mit einer Zustimmung zu klimaleugnenden Narrativen einhergeht. (Klima-)politische Aufklärung kann langfristig somit auch gewinnbringend für die Rechtsextremismusprävention sein und andersherum. In Institutionen wie Ministerien, FÖJs und lokalen Strukturen sollte dafür mehr Bewusstsein geschaffen und Ressourcen für Weiterbildungsangebote und Informationskampagnen bereitgestellt werden.
- **Ökologische, soziale und generationale Gerechtigkeit sind miteinander verbunden!** Sie legen die Grundlagen für eine stabile und zukunftsfähige Demokratie. Klimaschutz, der Abbau sozialer Ungleichheit und die Sicherstellung der Rechte und Ressourcen zukünftiger Generationen müssen als zusammenhängende Herausforderungen gedacht werden. Politische Entscheidungsträger*innen sollten diese gemeinsam adressieren, um gesellschaftliche Ungleichheiten zu verhindern und demokratische Prozesse zu fördern.
- **Beratungsstrukturen institutionalisieren!** Initiativen und Organisationen (vor allem Naturschutzvereine und lokale Initiativen), die äußerst rechten und verschwörungsideologischen Angriffen ausgesetzt sind, sollten in ihrem demokratischen Engagement gestärkt und über relevante Akteur*innen aufgeklärt werden. Um Fachkräfte und Bürger*innen zu unterstützen braucht es institutionalisierte und ausfinanzierte Beratungsstrukturen, an die sich Aktive wenden können.
- **Medienkompetenz fördern!** Junge Menschen, die Fake News erkennen und Inhalte und Forderungen kritisch einordnen und kontextualisieren können, können äußerst rechte Inhalte nicht nur als solche erkennen, sondern auch dekodieren („Sprecher*innenproblematik“). Daher braucht es Räume, in denen das Erkennen äußerst rechter Strategien gefördert, Medienkompetenz erlernt und kritische demokratische Diskurse erprobt werden können. Gerade in Regionen in denen derzeit Transformationsprozesse stattfinden, sollten entsprechende Informationskampagnen und Weiterbildungsangebote intensiviert werden.
- **Junge demokratische Stimmen empowern!** Aufgeklärte und informierte Stimmen können einen positiven Einfluss innerhalb ihres eigenen Umfelds und ihrer Altersgruppe haben. Sie zu stärken kann sich daher positiv auf die Diskurse junger Menschen ausüben (Multiplikator*innen).
- **Soziale Netzwerke als Chance der politischen Bildung und Rechtsextremismusprävention!** Träger der politischen Bildung sollten auf die starke Nutzung sozialer Medien durch Jugendliche mit eigenen Angeboten reagieren, indem sie zielgruppen- und plattformorientierte Onlineformate entwickeln. Diese Formate sollten Inhalte der ökologischen und politischen Bildung sowie Rechtsextremismusprävention umfassen und den Interessen und Bedürfnissen der Jugendlichen gerecht werden.
- **Junge Perspektiven in der (Klima-)Politik einbeziehen!** (Klima-)politische Entscheidungen sollten transparenter gestaltet und kommuniziert werden, um Frustration und Ohnmachtsgefühle unter jungen Menschen abzubauen und demokratische Teilhabe zu stärken.
- **Demokratiearbeit verstetigen!** Bildungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen sollten speziell für junge Menschen in allen Regionen ermöglicht werden, auch in weniger gut erreichbaren Gebieten. Erfolgreiche Angebote wie die „Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz“ (FARN) sollten ausfinanziert und langfristig gefördert werden.
- **Wissenschafts-Praxis-Transfer bestärken!** Forschungsergebnisse sollten auch mit der Fachpraxis diskutiert werden, um praxisnahe Angebote zu entwickeln. Damit praxisrelevante Forschungsergebnisse effektiv in Bildungs- und Sozialarbeit integriert werden können, empfehlen sich gemeinsame Austauschformate.
- **Geschlechterreflektierende Ansätze in der Rechtsextremismusprävention implementieren!** Männliche Befragte hatten in dieser Studie tendenziell höhere Zustimmungswerte zu Aussagen der äußerst Rechten als weibliche oder diversgeschlechtliche Befragte. Dass Geschlecht eine unverzichtbare Analyse-kategorie in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus ist, muss sich dementsprechend auch in der Präventionsarbeit widerspiegeln. In der Rechtsextremismusprävention müssen daher geschlechterreflektierende Ansätze weiter implementiert werden.

- **Demokratieförderung in der schulischen Bildung!** Befragte mit höheren (angestrebten) Schulabschlüssen stimmten äußerst rechten Aussagen in der Tendenz weniger häufig zu. Daraus ergibt sich nicht nur ein Bedarf an niedrigschwelligen Angeboten der Rechtsextremismusprävention allgemein, sondern auch ein Bedarf an einer verstärkten Implementierung von Räumen der kritischen Auseinandersetzung mit Narrativen der äußersten Rechten in der schulischen Bildung.

Literaturverzeichnis

Bjørgero, T. & Ravndal, J. A. (2019). Extreme-Right Violence and Terrorism: Concepts, Patterns, and Responses. In *ICCT Policy Brief*. <https://doi.org/10.19165/2019.1.08>

BMUV. (2023). Umweltbewusstsein in Deutschland 2022. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Verfügbar unter: https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Pool/Broschueren/umweltbewusstsein_2022_bf.pdf

Burgenlandkreis. (2024). Wirtschaftsstruktur. Verfügbar unter: <https://www.burgenlandkreis.de/de/wirtschaftsstandort/wirtschaftsstruktur.html>

DEBRIV. (o.J.). Braunkohlereviere. Rheinisches Revier, Bundesverband Braunkohle. Verfügbar unter: <https://braunkohle.de/braunkohle-in-deutschland/braunkohlereviere/>

Deutscher Bundestag. (2022). Braunkohle-ausstieg im Rheinischen Revier wird auf 2030 vorgezogen. Verfügbar unter: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw48-de-braunkohleausstieg-923096>

Eg & Thiele, T. (2012, 14. September). Forstamt Reinhardshagen bringt Windkraftplanung in die Diskussion.

Hessische/Niedersächsische Allgemeine. (2012, 14. September). Verfügbar unter: <https://www.hna.de/lokales/hofgeismar/wievielvertraegt-wald-2502797.html>

Goerke, U., Kamlage, J.-H. & Pauß, L. (2023). Strukturwandel im Rheinischen Revier: Partizipation der Zivilgesellschaft zwischen Anspruch und Wirklichkeit (RUFIS – Ruhr-Forschungsinstitut für Innovations- und Strukturpolitik e.V., Hrsg.). Verfügbar unter: https://rufis.de/wp-content/uploads/2023/06/Schlussrunde_Studie_Partizipation_10_05_final_JHLP.pdf

Friedhoff, D. (2023). 1. Harzer Waldkonferenz. Konferenzeinladung. Vgl. auch Friedhoff, D. (2023). 1. Harzer Waldkonferenz, 01.07.2023. Konferenzbericht. Verfügbar unter: <https://dietmar-friedhoff.de/1-harzer-waldkonferenz-01-07-2023/>

Fröhlich, A. (2020, 9. Juni). Märchenwald in Gefahr. Die Kehre. Verfügbar unter: <https://www.die-kehre.de/maerchenwald-in-gefahr/>

Harzer Kurier (2022, 1. Dezember). Totholz: Nabu und Nationalpark Harz legen Rechtsstreit bei. Harzkurier. Verfügbar unter: <https://www.harzkurier.de/article237047767/Totholz-Nabu-und-Nationalpark-Harz-legen-Rechtsstreit-bei.html>

Hausding, G. (2020). Deutscher Bundestag – Bundestag beschließt das Kohleausstiegsgesetz. Verfügbar unter: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2020/kw27-de-kohleausstieg-701804>

Hausmanninger, Thomas (2013): *Verschwörung und Religion*. München: Fink.

Henke, G. (2023, 12. April). Naturschutzinitiative hält an Klage gegen Windpark im Reinhardswald fest. Hessische/Niedersächsische Allgemeine. Verfügbar unter: <https://www.hna.de/lokales/hofgeismar/naturschutzinitiative-haelt-an-klage-gegen-windpark-im-reinhardswald-fest-92204542.html>

Holdingshausen, H. (2020, 26. August). AfD will Wald in Hessen schützen. taz. Verfügbar unter: <https://taz.de/Initiative-kritisiert-falsche-Fakten/!5704334/#:~:text=5704334-,Initiative%20kritisiert%20falsche%20Fakten%3A%20AfD%20will%20Wald%20in%20Hessen%20sch%C3%BCtzen,B%C3%BCrgerinitiativen%20f%C3%BChlen%20sich%20vereinnahmt.&text=BERLIN%20taz%20%7C%20Eine%20Protestaktion%20zum,der%20AfD-Fraktion%20am%20Mittwoch>

Koch, H. (2024, 16. Januar). Windräder im Wald: Angekündigte Änderung des Waldgesetzes beschäftigt den Nabu. Mz.de. Verfügbar unter: <https://www.mz.de/lokal/sangerhausen/angekündigte-änderung-des-waldgesetzes-beschäftigt-den-nabu-3767497>

Landkreis Kassel. (o.J.). Der Landkreis in Zahlen. Verfügbar unter: <https://www.landkreiskassel.de/der-landkreis/der-landkreis-in-zahlen.php>

Landtag von Sachsen-Anhalt. (2022). Stenografischer Bericht 8/27. Verfügbar unter: <https://padoka.landtag.sachsen-anhalt.de/files/plenum/wp8/027stzg.pdf>

Lanuv NRW. (o.J.). Das Rheinische Braunkohlerevier, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen. Verfügbar unter: <https://www.lanuv.nrw.de/umwelt/wasser/grundwasser/folgen-des-braunkohleabbaus/das-braunkohlerevier/>

Lueg, A. (2015). „Trümmerfrauen“-Studie – Wer Deutschland wirklich vom Schutt befreite, Deutschlandfunk.de. Verfügbar unter: <https://www.deutschlandfunk.de/truemmerfrauen-studie-wer-deutschland-wirklich-vom-schutt-100.html>

MDR. (o.J.). Kohlemilliarden. Die Zahlen. Rheinisches Revier. Arbeitslosigkeit im Revier. Verfügbar unter: <https://kohlemilliarden.de/die-zahlen>

MIBRAG. (2024). Über MIBRAG. Verfügbar unter: <https://www.mibrag.de/unternehmen/ueber-mibrag/>

Mitteldeutsche Zeitung. (2023, 27. September). Nancy Faeser verbietet „Artgemeinschaft“ nach Verbot von Hammerskins – Razzien gegen völkische Siedler auch im Burgenlandkreis. mz.de. Verfügbar unter: <https://www.mz.de/lokal/zeit/nancy-faeser-artgemeinschaft-verbot-hammerskins-razzien-voelkische-siedler-burgenlandkreis-3699613>

Müller, M. (2021, 6. Januar). 1000 Seiten Einwendungen gegen Windpark Reinhardswald übergeben. Hessische/Niedersächsische Allgemeine. Verfügbar unter: https://www.hna.de/lokales/hofgeismar/hofgeismar-ort73038/1000-seiten-einwendungen-gegen-windpark-reinhardswald-an-rp-kassel-uebergeben-90159608.html?fbclid=IwAR03JveGm4dosScnG1Q9yGcmPP-RIMMeW0jCF-1CygO6XZd_3naqWGOtU9_k

NABU – Naturschutzbund Deutschland e.V. (2014). Massenbefall im Fichtenwald. Der Borkenkäfer im Sachsen-Anhalts Wäldern. Verfügbar unter: <https://sachsen-anhalt.nabu.de/natur-und-landschaft/wald/info.html>

Nationalparkverwaltung Harz. (2024). Der Nationalpark Harz. Eine besondere Landschaft. Verfügbar unter: <https://www.nationalpark-harz.de/de/der-nationalpark-harz/>

Naturpark Reinhardswald. (o.J.). Das „Schatzhaus Europäischer Wälder“. Der Reinhardswald. Verfügbar unter: <https://www.naturpark-reinhardswald.de/natur-erleben/landschaftsraum/der-reinhardswald>

Neu, D. & Thiele, T. (2022, 5. Februar). Windpark Reinhardswald: Streit verschärft sich – Klagen gegen Baumfällungen. Hessische/Niedersächsische Allgemeine. Verfügbar unter: <https://www.hna.de/lokales/hofgeismar/reinhardshagen-ort101242/klagen-gegen-baumfaellungen-fuer-windpark-reinhardswald-91283273.html>

Pasvantis, C. (2020, 18. November). Proteste in Lützerath. Polizei rechtfertigt Vorgehen am Tagebaurand. Rheinische Post Online. Verfügbar unter: https://rp-online.de/nrw/staedte/erkelenz/tagebau-garzweiler-ii-polizei-rechtfertigt-vorgehen-bei-protesten-in-luetzerath_aid-54687543

Pinto, J. (2013, 8. Mai). Einwohner wehren sich gegen Riesenwindräder: „Monster verhindern“. Hessische/Niedersächsische Allgemeine. Verfügbar unter: <https://www.hna.de/lokales/hofgeismar/buerger-oberweser-wahlsburg-gegen-riesenwindraeder-2895870.html>

Pomer, L. (2023, 14. April). Dramatische Aufnahmen! Bekannter deutscher Wald stirbt. travelbook.de. Verfügbar unter: <https://www.travelbook.de/news/nationalpark-harz-wald-stirbt>

Rechercheteam Europäische-Energiewende-Community. (2021). Bürgerinitiativen gegen Windkraft in Deutschland. Eine Studie des Rechercheteams „Europäische-Energiewende-Community“. Verfügbar unter: <https://energiewende.eu/wp-content/uploads/2021/01/Buergerinitiativen-gegen-Windkraft-mit-Anhang-Studie-Community-Europaeische-Energiewende.pdf>

Regierungspräsidium Kassel. (2022a). Hintergrundinformation. Genehmigungsverfahren für Windkraftanlagen. Verfügbar unter: https://rp-kassel.hessen.de/sites/rp-kassel.hessen.de/files/2022-06/20220309_faq_windkraft_u_wp_reinhardswald_1.pdf

Genehmigung von 18 WKA im Reinhardswald. (2022). Verfügbar unter: https://rp-kassel.hessen.de/sites/rp-kassel.hessen.de/files/2022-06/20220309_faq_windkraft_u_wp_reinhardswald_1.pdf

Regierungspräsidium Kassel. (2022b). Genehmigungsverfahren. RP Kassel erteilt immissionsschutzrechtlichen Bescheid zur Errichtung von 18 Windkraftanlagen (Pressemitteilung). Verfügbar unter: <https://rp-kassel.hessen.de/presse/rp-kassel-erteilt-immissionsschutzrechtlichen-bescheid-zur-errichtung-von-18-windkraftanlagen>

Rettet den Reinhardswald. (o.J.). Windige Behauptungen. Falsch: „Engagement für den Schutz des Reinhardswalds ist rechts oder von rechts unterwandert“. Verfügbar unter: <https://rettet-den-reinhardswald.de/>

RND. (2023, 9. Januar). Das Dorf Lützerath: Chronologie eines jahrelangen Streits im Braunkohlerevier. Redaktionsnetzwerk Deutschland. Verfügbar unter: <https://www.rnd.de/politik/luetzerath-chronologie-eines-jahrelangen-streits-im-braunkohlerevier-XLEQDWXTOSNYCO6RFNUVJBDR04.html>

Röpke, A. (2023). „Anastasia“-Volksfest im Harz. Verfügbar unter: <https://www.endstation-rechts.de/news/anastasia-volksfest-im-harz>

Schröder, K. (2023, 22. September). Windkraft: Verein von Windenergie-Gegnern gegen Bau von Windrädern im Oberharz. volksstimme.de. Verfügbar unter: <https://www.volksstimme.de/lokal/wernigerode/windkraft-verein-von-windenergie-gegnern-gegenbau-von-windraedern-im-oberharz-3696610>

Stadt Blankenburg. (2023). Ergänzungswahl Ortschaftsrat Wienrode 2023. Verfügbar unter: <https://www.blankenburg.de/rathaus/wahlen/ergaenzungswahl-ortschaftsrat-wienrode-2023/>

Statistik der Kohlenwirtschaft e.V. (2024). Braunkohle im Überblick. 1989-2022. Stand 03/24. Verfügbar unter: <https://kohlenstatistik.de/daten-fakten/>

Strukturwandel Rheinisches Revier. Daten und Fakten. (o.J.). Verfügbar unter: <https://www.rheinisches-revier.de/was/strukturwandel/daten-und-fakten/>

Wirtschaftsministerium NRW. (o.J.). Braunkohleausstieg 2030 im Rheinischen Revier. Verfügbar unter: <https://www.wirtschaft.nrw/themen/energie/kohleausstieg-2030>

Quellenverzeichnis

AfD. (2021). Deutschland. Aber normal. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag. Verfügbar unter: https://www.afd.de/wp-content/uploads/2021/06/20210611_AfD_Programm_2021.pdf

AfD. (2023a). +++ Greta Thunberg in Gewahrsam: Der einzig richtige Umgang mit Klimaterroristen! +++ . FB-Post vom 18.01. Verfügbar unter: <https://www.facebook.com/alternativefuerde/posts/pfbid02Mc4VTY9ubYkZUYjdMwZygRucmeQQHsYmnR86i6ycS6EY7WogBxfWP RoX79wQoPMxl>

AfD. (2023b). Für Habeck <Mutige Jugendliche>. Für und Extremisten. Twitter-Beitrag vom 29.04.2023. Verfügbar unter: <https://twitter.com/AfD/status/1652274800423849984/photo/1>

AfD Bundestagsfraktion. (2020a). Abholzung des Reinhardswaldes verhindern! Pressekonferenz der AfD-Fraktion im Bundestag. YouTube-Beitrag vom 27.08. Verfügbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=UN580tI5aC0>

AfD Bundestagsfraktion. (2020b). Pressekonferenz im Wald.: „Erhalt des hessischen Reinhardswaldes“. FB-Post vom 21.08. Verfügbar unter: <https://www.facebook.com/afdimbundestag/posts/pfbid0Af75AWbGreWHVw2cVgEoLSeiQXTAr1fLKL5WC1mfZ5teYT-bANUyMepimz9Zuoa34l>

AfD Bundestagsfraktion. (2023a). 10 Punkte für Deutschland. Sofortprogramm einer AfD-geführten Bundesregierung. 1. Deindustrialisierung Deutschlands stoppen. Verfügbar unter: https://ffc7b648.rocketcdn.me/wp-content/uploads/2023/09/Sofortmassnahmen_AfD_Regierung_Positionspapier.pdf

AfD Bundestagsfraktion. (2023b). Eine krisenfeste, verlässliche und kostengünstige Energieversorgung Deutschlands ermöglichen. Antrag der Abgeordneten Karsten Hilse, Marc Bernhard, Steffen Kotré, Dr. Rainer Kraft und der Fraktion der AfD. Verfügbar unter: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/088/2008874.pdf>

AfD-Fraktion Hessen. (o.J.). Wir kämpfen für den Reinhardswald. AfD kritisiert die sogenannte „Energiewende“. Verfügbar unter: <https://afd-fraktion-hessen.de/wir-kaempfen-fuer-den-reinhardswald/>

AfD-Fraktion Hessen. (2018). #SaveMyReiny – Aktion gegen die Zerstörung des Märchenwaldes. FB-Post vom 28.10. Verfügbar unter: <https://www.facebook.com/AfDLandesverbandHessen/posts/pfbid038KFwdmTESzEQqkffZcVHfD3yLxVEqYbzjnj51GY-o5r3PJRWQxUDRov8oZzvsF5Vl>

AfD-Fraktion Hessen. (2022a). Erst der Wald, dann das Windrad! Broschüre Windkraftanlagen. Verfügbar unter: https://afd-fraktion-hessen.de/wp-content/uploads/2022/02/Broschuere_A5_WKA.pdf

AfD-Fraktion Hessen. (2022b). Erst der Wald, dann das Windrad! Flugblatt Anti WKA. Verfügbar unter: https://afd-fraktion-hessen.de/wp-content/uploads/2022/02/Flugblatt_Anti-WKA.pdf

AfD-Fraktion Nordrhein-Westfalen. (2019). ++ Schildbürgerstreich „Kohleausstieg“ ++. FB-Post vom 29.09. Verfügbar unter: <https://www.facebook.com/watch/?v=2938960849452170>

AfD-Fraktion Nordrhein-Westfalen. (2021). Über 250.000 Stellen gefährdet! Telegram Beitrag vom 13.12.2021. Verfügbar unter: <https://t.me/afdfraktionnrw/786>

AfD-Fraktion Nordrhein-Westfalen. (2022). Kohleausstieg wie angekündigt: Bürger haben keine Kohle mehr!. Instagram-Post vom 17.09.2022. Verfügbar unter: <https://www.instagram.com/p/CimiHhhoWsu/?igsh=YmFpbmZraDVyb2sz>

AfD-Fraktion Nordrhein-Westfalen. (2023a). ++ Lützerath: Aufstieg des Klimaterrors ++. FB Post vom 13.01. Verfügbar unter: <https://www.facebook.com/watch/?v=5865791326870418>

AfD-Fraktion Nordrhein-Westfalen. (2023b). Grüne und Klimaterroristen Hand in Hand gegen unsere Polizei! Telegrampost vom 12.01. Verfügbar unter: <https://t.me/afdfraktionnrw/1537>

AfD-Kompakt. (2022). Junge Alternative protestiert gegen Abholzung des Grimmschen Märchenwaldes. Verfügbar unter: <https://afdkompakt.de/2022/03/29/junge-alternative-protestiert-gegen-abholzung-des-grimmschen-maerchenwaldes/>

AfD-Landesverband Nordrhein-Westfalen. (2018). Mehr als 30.000 Menschen, darunter viele RWE-Mitarbeiter, haben laut Veranstalter und Polizei an einer Großkundgebung in Elsdorf teilgenommen – in Sorge um ihre Arbeitsplätze. FB-Post vom 24.10. Verfügbar unter: <https://www.facebook.com/AfDfuerNRW/posts/pfbid02WbeYJF8RehcWgK5JBCrTHpba5v59Lu64CBYtyV2EvSFL2yQV-WunrrMMon8kQavcnl>

AfD-Landesverband Nordrhein-Westfalen. (2022). Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 18. Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen. Verfügbar unter: <https://afd.nrw/wahlprogramm/>

Der III. Weg. (2019). Plädoyer für eine radikale nationalistische Umweltschutzpolitik. Verfügbar unter: <https://der-dritte-weg.info/2019/07/plaedoyer-fuer-eine-radikale-nationalistische-umweltschutzpolitik/>

Der III. Weg. (2022a). Wind-Industrie-Park im Reinhardswald genehmigt. Verfügbar unter: <https://der-dritte-weg.info/2022/02/wind-industrie-park-im-reinhardswald-genehmigt/>

Der III. Weg. (2022b). Familienfreundliche Wanderung im Harz. Verfügbar unter: <https://der-dritte-weg.info/2022/09/familienfreundliche-wanderung-im-harz-2/>

Der III. Weg. (2023). Reinhardswald: Abholzungen für Monster-Windräder haben begonnen. Verfügbar unter: <https://der-dritte-weg.info/2023/12/reinhardswald-abholzungen-fuer-monster-windraeder-haben-begonnen/>

Douglas, H. (2023, 13. Dezember). Windräder im Märchenwald. Tichys Einblick. Verfügbar unter: <https://www.tichyseinblick.de/meinungen/windraeder-reinhardswald-maerchenwald/>

EIKE. (o.J.). About us. EIKE online. Verfügbar unter: <https://eike-klima-energie.eu/about-us/>

Etscheid, G. (2022). Eines der wertvollsten Waldgebiete Deutschlands wird der „Energiewende“ geopfert. Gastautor. Tichys Einblick. Verfügbar unter: <https://www.tichyseinblick.de/daili-es-entials/eines-der-wertvollsten-waldgebiete-deutschlands-wird-der-energiewende-geopfert/>

Facebookseite der AfD-Fraktion Sachsen-Anhalt. (2023). Waehler: Ein menschengemachter Strukturwandel stürzt die Leute in persönliche Not. Verfügbar unter: <https://www.facebook.com/watch/?v=842133653753391>

Freilich Magazin. (2024). Gespräch mit Ex-Förster und AfD-Politiker: „Es wird Jahrhunderte dauern, bis der Harz wieder ein Mischwald ist“. Verfügbar unter: <https://www.freilich-magazin.com/gesellschaft/gesprach-mit-ex-foerster-und-afd-politiker-es-wird-jahrhunderte-dauern-bis-der-harz-wieder-ein-mischwald-ist>

Fw. (2023, 10. Januar). Erste Barrikaden brennen. Linkspartei und Grüne unterstützen Proteste in Lützerath. Junge Freiheit Online. Verfügbar unter: <https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2023/proteste-in-luetzerath/>

Höcke, B. (2023). Kahlschlag im Märchenwald. Telegram-Post vom 27.11. Verfügbar unter: <https://t.me/BjoernHoeckeAfD/1873>

Junge Alternative. (2022). »Märchenwald muss bleiben«. Junge Alternative im #Reinhardswald 2022. YouTube Beitrag vom 01.04.2022. Verfügbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=xeYVazkXnfw>

Junge Freiheit. (2023, 5. Dezember). Grüne zerstören Märchenwald für Windräder. Junge Freiheit Online. Verfügbar unter: <https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2023/gruene-zerstoeren-maerchenwald-mit-windraedern/>

Mai, K.-R. (2023, 15. Januar). Klimabewegte wollen Lützerath zum Symbol machen. Tichys Einblick. Verfügbar unter: <https://www.tichyseinblick.de/meinungen/luetzerath-resuemee/>

Pföhringer, D. (2023, 09. März). Schnee im März: Blamage für Klimaideologen. Compact Magazin online. Verfügbar unter: <https://www.compact-online.de/schnee-im-maerz-blamage-fuer-klima-ideologen/>

Schreiber, P. (2019, 23. August). DS September 2019: Für einen nationalen Klimawandel!. Deutsche Stimme online. Verfügbar unter: <https://deutsche-stimme.de/ds-september-2019-fuer-einen-nationalen-klimawandel/>

St. (2023, 11. Januar). Klima-Terrorismus. Über 1.000 Polizisten: Videos zeigen linksextreme Gewalt in Lützerath. Junge Freiheit Online. Verfügbar unter: <https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2023/gewalt-in-luetzerath/>

Tichy Redaktion. (2019, 22. März). Todesurteil für Reinhardswald: Monster-Windräder in Grimms Märchenwald. Tichys Einblick. Verfügbar unter: <https://www.tichyseinblick.de/daili-es-entials/todesurteil-fuer-reinhardswald-monster-windraeder-in-grimms-maerchenwald/>

Z-Versand. (o.J.). Recht und Wahrheit Aufkleber R 006. Aufkleber aus Versandhandel.

Projektteam

Hascher, Marleen

Marleen Hascher (M.A.) ist Sozialwissenschaftlerin und arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt RIOET am Institut für demokratische Kultur an der Hochschule Magdeburg-Stendal. Sie promoviert an derselben Hochschule zu Kritik und Affirmation von Antisemitismus in deutschen Klimabewegungen. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Ostdeutschlandforschung, Klassenanalyse, Antisemitismus, Verschwörungserzählungen und Kritische Theorie.

Kastberg, Ann-Katrin

Ann-Katrin Kastberg (M.A.) ist Soziologin und arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt RIOET am Institut für demokratische Kultur an der Hochschule Magdeburg-Stendal. Außerdem promoviert sie am Institut für Sozialforschung (Frankfurt a.M.) zu den politischen Auswirkungen von Teilhabe- und Ausschlusserfahrungen im Zuge der sozial-ökologischen Transformation in der Lausitz. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Kritische Theorie und Analyse von Autoritarismus und Ressentiment, psychoanalytische Sozialpsychologie und sozial-ökologische Transformation.

Kerst, Benjamin

Benjamin Kerst, M.A. der Philosophie und M.A. der Soziologie, ist seit 2018 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Hochschule Düsseldorf (HSD) am Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus (FORENA). Seine derzeitigen Forschungsschwerpunkte sind Radikalisierung und Nicht-Radikalisierung, neuere Phänomene der äußersten Rechten und rechte Ökologie. Derzeit forscht er im Projekt RIOET. Zudem promoviert er zu Rolle von Affektivität in äußerst rechten vigilanten Gruppierungen.

Leitzke, Fynn

Fynn Leitzke ist Studierender im B.A. Soziale Arbeit an der Hochschule Magdeburg Stendal und unterstützt als studentische Hilfskraft am Institut für demokratische Kultur das Forschungsprojekt RIOET unter der Leitung von Prof. Dr. Matthias Quent sowie Prof. Dr. Fabian Virchow.

Mönig, Alina

Alina Mönig (M.A.) studierte Politikwissenschaft und internationale Kriminologie in Frankfurt a. M. und Hamburg. Sie ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt RIOET am Institut für demokratische Kultur an der Hochschule Magdeburg-Stendal und arbeitet in der Fachstelle Gender, GMF und Rechtsextremismus in der Amadeu Antonio Stiftung.

Osterberger, Edmund

Edmund Osterberger (B.A.) ist ausgebildeter Mechatroniker für Kältetechnik und studierte Sozialarbeit/Sozialpädagogik an der Hochschule Düsseldorf. Die Abschlussarbeit schrieb er über das Thema „Narrative zum Klimawandel in der (extrem) rechten Medienlandschaft“.

Quent, Matthias

Matthias Quent ist Professor für Soziologie und Vorstandsvorsitzender des Instituts für demokratische Kultur an der Hochschule Magdeburg-Stendal. Seine Forschungsschwerpunkte sind Demokratie und Rechtsextremismus im Kontext gesellschaftlicher Transformationen.

Stanić, Dora

Dora Stanić (M.Sc.) ist Psychologin und war bis Februar 2024 am Institut für demokratische Kultur an der Hochschule Magdeburg-Stendal am Forschungsprojekt RIOET als wissenschaftliche Mitarbeiterin beteiligt. Außerdem absolviert sie eine universitäre Ausbildung zur Psychologischen Psychotherapeutin (Fachkunde: Verhaltenstherapie) an der Friedrich-Alexander Universität in Erlangen. Ehrenamtlich ist sie im Bereich der politischen Bildung (insbesondere im Rahmen der Anti-Diskriminierung) tätig.

Virchow, Fabian

Fabian Virchow ist Professor für Theorien der Gesellschaft und Theorien politischen Handelns an der Hochschule Düsseldorf; dort leitet er auch den Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus (FORENA). Forschung und Publikationen insbesondere zur Geschichte, Weltanschauung und politischen (Gewalt)Praxis der extremen/populistischen Rechten sowie zu gesellschaftlichen Praktiken des Erinnerns und Vergessens rechter Gewalt. Er ist Mitherausgeber der Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung, des Handbuchs Rechtsextremismus sowie der Edition Rechtsextremismus.



Hochschule Magdeburg-Stendal
Breitscheidstraße 2
39114 Magdeburg